

3. Festsetzung Steuerfuss für die Jahre 2020 und 2021

Antrag des Regierungsrates vom 28. August 2019 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 21. November 2019

Vorlage 5570a (Fortsetzung der Beratung)

Ratspräsident Dieter Kläy: Es liegt neben dem Antrag der FIKO, Steuerfuss 100 Prozent gemäss Antrag des Regierungsrats, auch ein Antrag von André Müller und Mitunterzeichnenden, Steuerfuss 99 Prozent, vor. Der Antrag der SVP auf Steuerfuss 98 Prozent ist zurückgezogen.

Antrag FIKO:

Der Steuerfuss für die Jahre 2020 und 2021 wird auf 100 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Minderheitsantrag André Müller und Christian Schucan:

I. Der Steuerfuss für die Jahre 2020 und 2021 wird auf 99 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt

Tobias Langenegger (SP, Zürich), Präsident der Finanzkommission (FIKO): Wir haben es bald geschafft. Zum Schluss des diesjährigen Budget-Marathons müssen wir nun noch über den Steuerfuss 2020 und 2021 entscheiden. Und dieser Entscheidung ist von finanzpolitischer Tragweite.

Zusammen mit dem KEF hat der Regierungsrat dem Kantonsrat mit der Vorlage 5570 den Antrag für die Festlegung des Steuerfusses für die Jahre 2020 und 2021 vorgelegt. Der Regierungsrat beantragt einen gleichbleibenden Steuerfuss von 100 Prozent der einfachen Staatssteuer und begründet dies wie folgt, ich zitiere aus der NZZ vom September: «Die Aussichten für den Zürcher Staatshaushalt sind nicht mehr so glänzend wie auch schon.». Dies schrieb Finanzdirektor Ernst Stocker. Die Erfolgsrechnung wird aufgrund finanziellen Mehrbedarfs insbesondere in den Bereichen der individuellen Prämienverbilligung und des Sozialwesens sowie wegen gestiegener Schülerzahlen zusätzlich belastet. Eine Abweichung vom derzeitigen Steuerfuss würde die Erfolgsrechnung pro Steuerfussprozent und Planjahr mit rund 65 Millionen Franken belasten. Der Verzicht auf die Ertragsausfälle infolge einer Steuerfussenkung trägt deshalb in den Jahren 2020 und 2021 zur Verbesserung des Selbstfinanzierungsgrads des Kantons bei, um angesichts der grossen Investitionsvorhaben die Neuverschuldung des Kantons nicht noch mehr auszuweiten. Auch ist ein geringerer Spielraum wegen der vielen in Diskussion stehenden Vorhaben auf Bundesebene zu erwarten. Aus diesen Gründen beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, den Steuerfuss für die Jahre 2020 und 2021 wiederum auf den bereits seit 2003 geltenden Wert von 100 Prozent festzusetzen. Wie den finanziellen Eckwerten zum KEF 2020 bis 2023 zu entnehmen ist, erachtet der Regierungsrat die Finanzierung der Staatsaufgaben

damit als gesichert und den finanziellen Handlungsspielraum des Staates als gewahrt.

Eine Mehrheit der Finanzkommission schliesst sich der Haltung des Regierungsrats an und unterstützt den entsprechenden Antrag auf Beibehaltung des Steuerfusses bei 100 Prozent. Wie bereits zu Beginn der Debatte ausgeführt, wird ein – nennen wir es mal – knapp defizitärer KEF 2020 bis 2023 nur mit einem stabilen Steuerfuss erreicht. Die zahlreich geplanten Investitionen erfordern eine solide Finanzierung. Dabei ist insbesondere auch auf diverse Vorhaben im Kanton Zürich hinzuweisen, über welche dieser Rat und auch der Regierungsrat in den letzten Wochen und Monaten entschieden haben. Im aktuellen KEF fehlen insbesondere die folgenden Vorlagen, welche diesen allesamt verschlechtern werden: der Soziallastenausgleich (*KR-Nr. 163/2014*), die Anpassung des Strassengesetzes – PI Brunner (*KR-Nr. 321/2013*) –, der Gegenvorschlag zum Musikschulgesetz (*Vorlage 5500*), der Gegenvorschlag zur Zürich Natur-Initiative (*Vorlage 5582*), die Aufstockung des Verkehrsfonds (*KEF-Erklärung 22*) und sozusagen frisch aus dem Backofen der neue Rahmenkredit zur Förderung von klimaneutralen Wärmeversorgungen (*Vorlage 5583*). Im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik möchte die Kommissionsmehrheit den Steuerfuss deshalb auf 100 Prozent belassen.

Eine Minderheit erachtet eine Senkung des Steuerfusses um 1 Prozent für vertretbar und weist in diesem Zusammenhang unter anderem darauf hin, dass die Rechnungen der letzten Jahre jeweils besser abschlossen als das Budget. Eine Steuerfussreduktion von 1 Prozent bedeutet, wie vorhin erwähnt, Ausfälle von 65 Millionen Franken pro Jahr. Da wir den Steuerfuss für mindestens zwei Jahre festlegen, würde der KEF also um 130 Millionen Franken verschlechtert.

In Namen der FIKO-Mehrheit bitte ich Sie, dem Antrag auf Beibehaltung des Steuerfusses bei 100 Prozent zuzustimmen. Besten Dank.

André Müller (FDP, Uitikon): Leider bin ich nicht ganz so optimistisch wie unser FIKO-Präsident was den zeitlichen Rahmen angeht, nachdem wir doch eine sehr emotionale Debatte gehabt haben zur Leistungsgruppe 4950. Ich erhoffe mir natürlich, dass wir den Steuerfuss ein bisschen weniger emotional, ein bisschen faktischer, ein bisschen zahlenbasierter diskutieren könnten. Vielen Dank.

Die FDP beantragt Ihnen einen Steuerfuss von 99 Prozent, das heisst eine Reduktion um 1 Prozent. Schon im Rahmen der Budgetpräsentation im letzten Jahr hat der Regierungsrat insuiniert, dass der Steuerfuss allenfalls um 2 Prozent gesenkt werden könnte. Begründet wurde dies sowohl mit der Kosten- als auch mit der Ertragsseite. Leider hat der Regierungsrat seinen Pfad der Tugend bereits wieder verlassen und hat im Budget keine Veränderungen des Steuerfusses vorgesehen. 1 Steuerprozent im Kanton Zürich beträgt ungefähr 65 Millionen Franken pro Jahr. Aufgrund verschiedener Ratsmehrheiten, kumulierter Sparanträge im Budget-Prozess erwarten wir einen positiven Budgetsaldo von etwa 61 Millionen Franken, was ungefähr 1 Steuerprozent entspricht. Aus diesem Grund war die FDP bereit, den initial von der GLP eingebrachten Antrag auf Verminderung des

Steuerfusses zu übernehmen. Zudem hat die Rechnung in den letzten Jahren jeweils weit besser abgeschlossen als budgetiert. Wir denken daher, dass da ein bisschen Luft drin ist.

Wir unterstützen die Verminderung des Steuerfuss aus zwei Gründen: Auf der einen Seite sind wir überzeugt, dass ein tieferer Steuersatz die Attraktivität des Kantons Zürich im Steuerwettbewerb steigert. In der heutigen Zeit wäre ein Signal an die privaten Steuersubjekte wichtig, gerade im Verhältnis zu unseren Nachbarkantonen. Wir sind uns bewusst, dass wir bezüglich Steuerfuss noch Arbeit vor uns haben und eine 1-prozentige Senkung für viele Steuerzahler nicht viel ist. Aber es setzt ein wichtiges Signal an die Steuerzahler, dass wir auch in Zukunft haushälterisch mit ihrem Geld umgehen werden.

Im Rahmen der Umsetzung der Steuer- und AHV-Finanzierungsvorlage wurden die Steuern für Unternehmen reduziert. Damit ist die Erwartung verbunden, dass sich in Zukunft bei einer dynamischen Betrachtungsweise die Steuererträge der Unternehmen im Kanton Zürich erhöhen werden. Es ist daher für die FDP angezeigt, auch den Privaten etwas vom Erfolg des Kantons zurückzugeben.

Wir befürchten, dass wir im heutigen Rat keine Mehrheit finden werden. Neben der FDP hat lediglich die SVP-EDU-Fraktion angezeigt, den 1 Prozent-Antrag unisono zu unterstützen.

Liebe SP, wenn die SP von Steuern spricht, spricht sie von Geld, das Arbeitnehmer und Unternehmer in täglicher Arbeit zumeist hart verdienen, Geld, das die SP – und wir haben es gehört, 100 Millionen Franken hätten Sie gerne weiterverteilt – dann ihrer eignen Klientel versprechen. Leistungen zu überprüfen und Ausgabenwachstum einzugrenzen, was die SP als sparen betitelt, ist für die SP ein Schimpfwort. Aber jeder, der in der Privatwirtschaft arbeitet, weiss, dass Ausgabenminimierung zu den Tugenden der Erfolgreichen gehört. Eine Steuersenkung kann daher auch nicht als Harakiri, wie es die AL gemacht hat, bezeichnet werden. Aber fremdes Geld auszugeben, meine lieben Kollegen auf der linken Seite, ist halt einfacher, als die Ausgabenseite konstant zu überprüfen.

Erstaunt sind wir vor allem über unsere GLP-Kollegen, die offensichtlich wahn-sinnig viel zu besprechen haben (*Heiterkeit*), welche die Steuerfussdebatte ange-rissen haben, indem sie den Steuerfuss-Antrag auf eine Verminderung um 1 Pro-zent in der FIKO eingereicht haben. Sie wurden dann offensichtlich von ihrem eigenen Mut verlassen. Die FDP war bereit, unseren Kollegen mit dem «liberal» im Namen bei den ersten liberalen Schritten unter die Arme zu greifen. Wir haben daher ihren Antrag in der FIKO übernommen. Wir sind auch in Zukunft gerne bereit, bei liberalen Projekten mitzuarbeiten, erhoffen uns aber doch eine klare Haltung anstelle dieses Hüst und Hott.

Ebenfalls sind wir über unseren vormaligen, bürgerlichen Partner CVP enttäuscht, der sich leider in den letzten Monaten sehr oft bei der linken Ratsseite anbieterte, symptomatisch das Votum des abwesenden Lorenz Schmid zu den Prämienver-billigungen, wo er sich bei der AL für deren Partnerschaft bedankt. Ich finde dies äusserst bemerkenswert, deine Partnerschaft mit der AL. Was besonders erstaunt, ist, dass die Mehrheit der CVP-Vertreter bei der Gewerbegruppe des Kantonsrats mitmacht. Aber wenn der Wahlkampf vorbei ist, scheinen die wichtigen Punkte

für Unternehmer – und das sind halt auch Steuern – bereits wieder vergessen zu sein. Wir hätten uns beim Steuerfuss um 1 Prozent ein klares Signal zur bürgerlichen Partnerschaft erhofft. Eine 1-prozentige Reduktion wäre auch den CVP-Wählern zugutegekommen.

Somit bleibt mir nur zu konstatieren, dass dieser Rat nicht gewillt ist, den privaten Steuerzahlern im Kanton entgegenzukommen und den positiven Saldo im Budget der arbeitenden Bevölkerung zurückzugeben. Wir bunkern das Geld lieber für irgendwelche schlechten Tage und zahlen uns – und da wird der abwesende Kollege sehr Freude haben – wir bezahlen uns gerne unsere eigenen Ratsvergütungen frei nach Georg Orwell (*britischer Schriftsteller*): Alle sind gleich, aber manche sind gleicher als die anderen. Ich kann Ihnen nur sagen, unsere Wähler können das nicht nachvollziehen. Wir geben uns mehr Geld, verlangen aber mehr Geld von Ihnen. Vielen Dank.

Jürg Sulser (SVP, Otelfingen): Die SVP will einen gesunden Staatshaushalt, weniger Schulden und eine Steuersenkung, was letztendlich allen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern im Kanton Zürich zugutekommt, da sie so mehr Geld zum Leben im Portemonnaie haben und die Kaufkraft erhöht wird. Aus diesem Grund fordert die SVP eine 1-prozentige Steuerreduktion und wird an dieser Forderung unnachgiebig festhalten. Der Regierungsrat hat in der Vergangenheit zwar 2 Prozent Steuerfussreduktion versprochen, aber dieses Versprechen nicht gehalten. Deshalb wird die SVP nun mit aller Vehemenz einfordern, den Steuerfuss nach Jahren der Stagnation endlich um 1 Prozent zu senken.

Für die SVP ist klar, dass für das Budget 2020 durchaus noch Sparpotenzial vorhanden ist, wenn man die Effizienz steigern und gleichzeitig den Wasserkopf der Verwaltung auf ein vernünftiges Mass reduzieren würde. Eigentlich müsste man der Verwaltung Geld wegnehmen, damit sie lernt zu sparen. Da dies aber leider nicht möglich ist – zumindest nicht so umfangreich, wie wir uns dies vorstellen – fordern wir, dass die Mindereinnahmen aus dem Budget 2020 rigoros durch Minderausgaben kompensiert werden müssen.

Für die SVP bestätigt sich einmal mehr, dass eine konsequente Trennung von Notwendigem und Wünschbarem unumgänglich ist. Nach Ansicht der SVP verdeutlicht die neue links-grüne Mehrheit erneut, dass Sparen für sie ein Fremdwort ist. Im Gegenteil: Man hat das Gefühl, dass der Staat immer noch mehr übernehmen soll, aber diese Rechnung geht nicht auf. Die gängige Anspruchshaltung, dass jede gewünschte Leistung für alle und jederzeit zur Verfügung stehen soll, muss in Zukunft noch kritischer hinterfragt werden. Dabei liegt es insbesondere an den einzelnen Direktionen, durch eine konsequente Kosten-Leistungs-Kontrolle einen zielgerichteten und sparsamen Mitteleinsatz sicherzustellen, sei es durch die Zurückhaltung bei der Übernahme neuer Aufgaben, durch die regelmäßige Überprüfung bestehender Leistungen oder durch Effizienzsteigerung.

Ein starker Wirtschaftsstandort Kanton Zürich kann nur erhalten bleiben, wenn dieser steuerlich auch für Unternehmen und natürliche Personen attraktiv bleibt. Nur so kann mittelfristig sichergestellt werden, dass die Steuereinnahmen auf die-

sem Niveau gehalten werden können. Die SVP fordert ausserdem eine umfassende Aufgaben- und Leistungsüberprüfung und ein daraus resultierendes, überzeugendes Massnahmenpaket, mit dem der notwendige Handlungsspielraum für die künftigen Herausforderungen geschaffen wird.

Ich lade Sie deshalb ein, dem Antrag der SVP Fraktion zu folgen und diesem zuzustimmen. Besten Dank.

Hannah Pfalzgraf (SP, Mettmenstetten): Ich bin bei der Grundsatzdebatte bereits darauf eingegangen, warum eine Steuerfussenkung, auch wenn nur um 1 Prozent, keine Option ist.

Um es Ihnen nochmals in Erinnerung zu rufen, es ist ja auch schon recht spät: Die eingestellten Reserven werden wir für die Umsetzung SV17 (*Steuervorlage 17*) brauchen und wir haben diverse kostenintensive Vorlagen, die beschlossen wurden oder zur Abstimmung kommen.: PI Brunner, Gegenvorschlag zur Naturinitiative, Soziallastenausgleich, die Einlagen in den Verkehrsfonds, Musikschulgesetz, der Vorstoss zur Kinderbetreuung (*KR-Nr. 314/2019*), die Initiative zur individuellen Prämienverbilligung (*Vorlage 5585*), die Mittelstandsinitiative (*Vorlage 5404*). Einziger Lichtblick am Finanzhorizont, die Entlastungsinitiative (*Vorlage 5388*), aber da sind Sie dann ja wieder dagegen.

All dies, zusammen mit der prognostizierten Abkühlung der Wirtschaft, welche zu tieferen Steuereinnahmen führen wird, lässt vernünftigerweise nur einen Schluss zu: Der Kanton Zürich wird den mittelfristigen Ausgleich verfehlen und gezwungenermassen zur, von der rechten Ratsseite längst herbeigesehnten, erneuten Abbauübung führen. FDP und SVP beharren trotzdem noch immer auf der Steuerfussenkung. Sie tun dies in Kenntnis der skizzierten Entwicklung. Sie wollen den Kanton sehenden Auges absichtlich in die nächste Defizitentwicklung führen. Diese unglaubliche Kurzsichtigkeit wirft dann aber doch einige Fragen auf:

Erstens, sind Sie eigentlich von Sinnen? Wie können Sie es verantworten, im vollen Bewusstsein der Konsequenzen, trotzdem noch einen Abstimmungskampf für die Mittelstandsinitiative zu machen? Eine Initiative, die den Kanton und die Gemeinden je 350 Millionen Franken kosten würde. Wollen Sie den kantonalen Haushalt vollkommen gegen die Wand fahren?

Zweitens, können Sie sich an die unzähligen Proteste gegen den Leistungsabbau in Bildung und Gesundheitswesen von 2016 erinnern? Weil es eben für die meisten doch nicht so toll ist, wenn die staatlichen Leistungen gekürzt werden, für 50 bis 100 Franken weniger Steuern jährlich. Auch wenn Sie es anders zu verkaufen versuchen: Die Steuerfussenkung ist nicht ein grosszügiger Dienst an der Bevölkerung des Kantons Zürich. Es ist ein Geschenk für die Reichen. Das weiss ich, das wissen Sie und das weiss auch die kantonale Bevölkerung. Wem also, wollen Sie noch etwas vormachen?

Drittens, die SVP sagt selbst, dass sie die Ausfälle mit Abbaumassnahmen kompensieren will. Aber mittlere und tiefe Einkommen profitieren kaum von einer Steuerfussenkung, umgekehrt sind sie die ersten Leidtragenden eines erneuten Abbauprogramms. Wie kann sich so eine Partei noch Partei des Mittelstandes

nennen? Machen Sie doch schon seit Jahren unter dem Deckmantel der Volkspartei Politik für Vielverdienende und Unternehmen. Diese Steuerfussenkung ist das jüngste und aber auch erhellendste Beispiel dafür.

Zum Ende noch ein Wort der Dankbarkeit: Es ist schön, ist gerade die GLP in einer grossen Mehrheit zur Einsicht gekommen, dass eine Steuerfussenkung schlicht nicht drin liegt, auch gerade vor dem Hintergrund, dass für eine Abwendung der Klimakrise und für eine Zuwendung zu einem nachhaltigen Kanton Zürich Investitionen nötig sein werden, dass eben grün sein – und das suggeriert der Name Grünliberal auch – nicht gratis ist.

Die SP stellt sich klar gegen diese kurzsichtige Finanzpolitik. Sie stellt sich gegen Steuergeschenke auf Kosten des Kantons. Sie stellt sich gegen eine Politik, die nur das Wohl von wenigen in den Augen hat, statt das von allen. Die SP-Fraktion wird die Steuerfussenkung ablehnen. Und ich bitte Sie, dies auch zu tun. Besten Dank.

Roland Alder (GLP, Ottenbach): Dem Kanton Zürich geht es sehr gut, der Zürcher Bevölkerung geht es ebenfalls sehr gut. Sie profitiert von einem sehr guten Gesundheitswesen, fühlt sich sicher, benutzt eine ausgebaute Infrastruktur, hat vielfältige Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, kann auf einen brummenden Wirtschaftsmotor zählen und kann sich auf ein gut funktionierendes Justiz- und Gemeinwesen verlassen. Und die Zürcherinnen und Zürcher leben in einem Kanton, dessen Finanzen hervorragend dastehen, so gut, dass die letzten Jahre immer positiv abgeschlossen haben – signifikant besser als die jeweiligen Budgets waren. Ich erinnere daran: 2016, das Budget betrug 69 Millionen Franken, der Abschluss war 390 Millionen Franken, 2017, das Budget betrug minus 12 Millionen Franken, die Rechnung war 367 Millionen Franken und 2018, Budget 231 Millionen Franken, Rechnung 548 Millionen Franken, das heisst also, dass jedes Jahr die Rechnung über 300 Millionen Franken besser abgeschlossen hat als das ursprüngliche Budget.

Und jetzt stehen wir vor einer Situation, in der die Regierung ein sehr düsteres Bild der Zukunft zeichnet. Wenn wir auf 2019 schauen, dann ist es hier bereits ähnlich wie in den vergangenen Jahren. Das Budget beträgt plus 147 Millionen Franken, gemäss den neusten Angaben gehen wir von 180 Millionen Franken aus, also bereits ein Plus. Wenn wir die Rechnung nächstes Jahr abnehmen werden, dann könnte es gut sein, dass sich wieder ein viel, viel positiveres Bild ergibt als eigentlich budgetiert. 2020, das Budget der Regierung war ursprünglich minus 12 Millionen Franken, hat sich dann im November auf plus 2 Millionen Franken geändert, jetzt sind wir bei plus 61 Millionen Franken gelandet.

Der Kanton verkauft eine Dienstleistung. Die Steuer- und Gebührenzahler sind die Kunden und haben Anspruch auf qualitativ gute und kosteneffiziente Leistungen. Da der Kanton in sehr vielen Fällen als Monopolist auftritt, sind die Qualität, die Effizienz und die Preise in einem besonderen Fokus. Das heisst auch, dass das Umsatzwachstum mit vermindertem Ausgabenwachstum einhergeht, ausser man ist ein Start-Up-Unternehmen, aber das ist der Kanton Zürich wohl kaum.

Die Grünliberalen bekennen sich zu einer nachhaltigen Finanzpolitik. Eine Mehrheit der GLP-Fraktion wird dem Steuerfuss von 100 Prozent zustimmen, dies aufgrund der ungewissen Zukunft. Die Steuervorlage 2017 ist mit 180 Millionen Franken Minderertrag prognostiziert. Und wir gehen von Mehrausgaben in den Bereichen Klima, Naturschutz, Sozillastenausgleich und Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus. Eine Minderheit der GLP-Fraktion wird dem Steuerfuss von 99 Prozent zustimmen. Die Vergangenheit hat bewiesen, dass die Regierung immer ein zu negatives Bild gezeichnet hat. Die Nationalbankgewinne sind immer massiv höher ausgefallen als ursprünglich budgetiert, mit mehr als 100 Millionen Franken mehr als budgetiert. Zudem gibt es mehrere Vorstösse, die in der Pipeline sind, die vermutlich in diesem Rat keine Zustimmung finden werden. Mit der Steuerreform profitieren die Unternehmen, mit dem Sozillastenausgleich die Gemeinden. Nun ist die Minderheit der Meinung, dass es auch Zeit ist, dass die Steuerzahler profitieren. Angesichts der Dynamik der letztjährigen Abschlüsse und signifikanten Überschüsse und der Beratungen für 2020 ist eine Staatssteuersenkung um 1 Prozent, entspricht 64 Millionen Franken, gemäss der Minderheit angemessen und vertretbar.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Ich habe es beim Eintreten gesagt: Die Grünen werden den Antrag des Regierungsrates unterstützen. Wir sind dort gelandet, wo wir es erwartet haben und entsprechend müssen wir da nichts korrigieren. Wir wollen also für die kommenden beiden Jahre den Steuerfuss unverändert bei 100 Prozent behalten.

Jürg Sulser hat beim Eintreten gesagt, dass die Zürcher mehr Geld fürs Leben brauchen. Wenn Sie dieses Ziel über die Höhe des Steuerfusses erreichen wollen, dann sagen Sie, dass unsere besten Steuerzahler den grössten Geldbedarf haben und unser Benjamin (*gemeint ist Benjamin Walder*) in der Fraktion, der im Moment nur gerade die Kopfsteuer zu bezahlen hat, der braucht offenbar gar nichts. Wir haben jetzt eine längere Diskussion zu zahlreichen Leistungsgruppen hinter uns. Eine ist für unseren Benjamin von besonderer Bedeutung: Er ist Medizinstudent; das wäre also die Universität. Wir investieren in ihn, so wie man vor 40 Jahren in mich investiert hat – von nichts kommt nichts. Sie haben jetzt nach zahlreichen Sitzungen in diesem Budget von über 16 Milliarden Franken gerade mal im Promillebereich gekürzt. Sie sind also mehrheitlich zu rund 99,7 Prozent einverstanden mit dem Aufwand. Wenn wir nur das kommende Jahr anschauen würden, dann könnte man getrost über den Steuerfuss diskutieren. Wenn wir aber die Folgejahre anschauen, dann sehen wir schon heute, die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreformen, und der FIKO-Präsident und der Finanzdirektor haben hier noch auf ein paar schwarze Wolken hingewiesen, die da warten. Wobei meine PI, die wird kompensiert mit der Niederlage für den Rosengarten-Tunnel (*Volksabstimmung am 7. Februar 2020*). Das ist nicht das Problem. (*Heiterkeit*) Kommt hinzu, dass die SV17 eine Blackbox ist, die Folgen werden ja so gut wie möglich geschätzt. Es wird sich dann zeigen, wie gut das «so gut wie möglich» dann auch tatsächlich sein wird.

Ich bin froh, dass der Regierungsrat angesichts der aktuellen Finanzplanung den Steuerfuss bei 100 Prozent belassen will, mit einem kleinen Plus für die kommenden Jahre. Herr Sulser hat gesagt, wir müssen Schulden abbauen. Wie soll man Schulden abbauen, ohne dass man einen Überschuss macht? Das müssen Sie mir einmal erklären.

Dann einige Punkte, die auch gesagt wurden: Der Kanton müsse attraktiv sein, gleichzeitig jammern Sie über die Masseneinwanderung in diesen Kanton. Wollen wir ihn wirklich noch viel attraktiver machen, dass noch viel mehr Leute kommen? Eine eher sehr seltsame Geschichte. Dann der Vergleich mit der Privatwirtschaft: Ich bin Unternehmer, ich kann machen, was ich will. Ich bin nicht an Gesetze gebunden. (*Heiterkeit*) Ich meine: Die Gesetze muss ich selbstverständlich einhalten und auch der Steuervogt kommt zu uns, aber, was ich mache, meine Tätigkeit, womit ich mein Geld verdiene, das kann ich selber bestimmen. Die Volkswirtschaftsdirektorin (*Regierungspräsidentin Carmen Walker Späh*) und der Finanzdirektor (*Regierungsrat Ernst Stocker*), die arbeiten auf Basis der Gesetzgebung, die für ihre Direktionen gelten; die machen nichts freiwillig. Ich kann so viele Äpfel pressen, wie ich will. Und wenn ich keine Äpfel pressen will, dann presse ich halte keine.

Nun zur Zahlenreihe von Herrn Alder: Das ist natürlich schon speziell. Ich habe es mir jetzt nicht herausgeschrieben, aber ich habe die ja schon aus der Finanzkommission, diese Zahlenreihe. Also, wenn du ein paar Jahre zurückgehst, dann haben wir aber auch einmal eine Milliarde Franken in der entgegengesetzten Richtung gehabt. Als ich in den Rat eingetreten bin, das war im Jahr 2004 – das für die Grünliberalen –: Ich habe jetzt 16 Jahre gekämpft, gekämpft in diesem Saal, dass die Sparübungen, die man damals gemacht hatte beim Naturschutz, dass man die jetzt endlich stoppt. Und jetzt haben wir mit der Naturinitiative endlich ein Instrument, dass wir dort vorwärts machen können. 16 Jahre habe ich gekämpft. Darum lohnt es sich auch, sich für einen Steuerfuss von 100 Prozent einzusetzen, weil 99 ist nicht ganz 100.

Farid Zeroual (CVP, Adliswil): Als Ausgangslage für die Beratung zur Festsetzung des Steuerfusses erlaube ich mir, die in der Eintretensdebatte geschilderte Lagebeschreibung zusammenzufassen.

Zuerst zu den Nettoschulden und den Investitionen: Die Nettoschulden betragen aktuell 5,1 Milliarden Franken. In der Beratung aller Budget-anträge in den vergangenen Sitzungen sind die Investitionen nur unwesentlich reduziert worden. Somit bleiben die geplanten Investitionen in den Jahren 2019 bis 2023 eine grosse Herausforderung. Realisiert werden sollen das PJZ (*Polizei- und Justizzentrum*), die Limmattalbahn, Erweiterung des Universitätsspitals, Ausbauten an der Universität Zürich und viele weitere Projekte. Alleine in den Jahren 2020 und 2021 betragen die Investitionen 2,6 Milliarden Franken. Bis zum Ende der KEF-Periode prognostiziert der Regierungsrat Nettoschulden in der Höhe von 8,2 Milliarden Franken. Die Nettoschulden werden in der laufenden Legislatur voraussichtlich um beachtliche 60 Prozent ansteigen.

Nun noch ein Blick auf die Ertrags- und Aufwandsituation: Denn nicht nur die Investitionstätigkeit führt gemäss Prognose des Regierungsrates zum Anstieg der Nettoschulden. Mit dem Ausblick auf die finanzielle Entwicklung im KEF 2020 bis 2023 zeigt der Regierungsrat die anstehenden Herausforderungen und Unwägbarkeiten anschaulich auf. Nach den drei ausserordentlich erfolgreichen Rechnungsabschlüssen der Jahre 2016, 2017 und 2018 rechnet der Regierungsrat zukünftig mit stagnierenden Erträgen.

Neben den Auswirkungen der Steuervorlage 17 werden in den zukünftigen Haushalten auf der Ausgabenseite weitere Anpassungen wie zum Beispiel der Soziallastenausgleich oder die Volksinitiative zur Prämienverbilligung zu berücksichtigen sein. Gerade im Hinblick auf die Volksinitiative zur Prämienverbilligung ist die CVP zuversichtlich, dass diese Vorlage an der Urne Zustimmung erhalten wird, vor allem nachdem in der diesjährigen Budgetdebatte die Beiträge gekürzt wurden.

Die Auswirkungen auf den mittelfristigen Ausgleich erachtet der Regierungsrat in der Finanzplanung als überschaubar und ohne Erfordernis für spezielle Massnahmen. Der mittelfristige Ausgleich 2016 bis 2023 wird gemäss Prognose mit einem leichten Minus von knapp 300 Millionen Franken nicht erreicht. Dies bei einem Steuerfuss von unverändert 100 Prozent. Nach Einschätzung des Finanzdirektors würde der mittelfristige Ausgleich bei einer Senkung des Steuerfusses um 1 Prozent um mehr als 500 Millionen Franken verfehlt. Die Erklärung dazu hat der Finanzdirektor im Rahmen der Eintretensdebatte erläutert. Schon im nächsten Jahr fällt das erfolgreiche Jahr 2016 aus der Betrachtungsperiode für die Bestimmung des mittelfristigen Ausgleichs, und an dessen Stelle treten die Jahre mit negativen Abschlüssen. Was in den vorgehenden Betrachtungen noch ausser Acht gelassen wurde, sind die möglichen Auswirkungen der Mittelstandsinitiative. In der Abstimmungsbotschaft – sie ist gestern aufgelegt – geht der Regierungsrat von Ausfällen im Umfang von 360 Millionen Franken aus, pro Jahr im Kanton. Dies entspricht gemäss Regierungsrat rund 5 bis 6 Steuerprozent. Wer jetzt eine Senkung des Steuerfusses von 1 Prozent anstrebt und gleichzeitig, wie die FDP und die SVP, die Mittelstandsinitiative unterstützt, riskiert einen massiven Absturz beim mittelfristigen Ausgleich und eine massive weitere Verschuldung des Kantons.

Kaspar Bütikofer hat solche Ansinnen letzten Montag salopp als «finanzpolitisches Harakiri» bezeichnet. Soweit will ich an dieser Stelle nicht gehen. Ich erinnere gerne an die Worte von Jürg Sulser aus seinem Eintretensvotum für die SVP vom Montag 9. Dezember in diesem Rat und wiederhole damit auch mein eigenes Statement: «Es wäre verantwortungslos, den nachfolgenden Generationen eine leere Kasse und Schulden zu hinterlassen.» Für die CVP hat deshalb das Erreichen des mittelfristigen Ausgleichs weiterhin Priorität. Die CVP unterstützt den verantwortungsvollen Umgang mit dem kantonalen Finanzhaushalt und wird der Beibehaltung des Steuerfusses auf 100 Prozent zustimmen.

Walter Meier (EVP, Uster): William Feather (US-amerikanischer Journalist) meinte einmal, ich zitiere: «Ein Budget sagt uns, was wir uns nicht leisten können.

Aber es kann uns nicht davon abhalten, es dennoch zu kaufen.» Wir kommen nun zu dem, was wir uns eigentlich nicht leisten können, aber uns vielleicht trotzdem leisten: Eine Senkung des Steuerfusses.

Zum Glück ereilt uns nur alle zwei Jahre das Privileg, den Steuerfuss festlegen zu dürfen. Wenn nun aber die SVP im Eintretensvotum den Weltuntergang voraussagt, wenn der Steuerfuss nicht um 2 Prozent gesenkt wird, dann ist das doch etwas übertrieben. Eine Senkung der Staatssteuer – es geht jetzt ja nur noch um 1 Prozent – heisst doch für die Steuerbelastung des einzelnen Steuerzahlers, werden die Gemeindesteuern, die Bundessteuern und die Vermögenssteuer in die Betrachtung miteinbezogen, eine Differenz von unter 0,5 Prozent. Wer merkt den Unterschied, ob er 990 oder 993 Franken respektive 9900 oder 9930 Franken respektive 99'000 oder 99'300 Franken Steuern bezahlt? Niemand. Doch: Der Staat. Für den Kanton machen die 1 Prozent rund 65 Millionen Franken aus. Und wenn wir von weit über 1 Milliarde Franken Investitionen nur 49 Prozent selber finanzieren können, sind die 65 Millionen Franken pro Jahr doch sehr willkommen. Eine Steuersenkung, die auch die Steuerpflichtigen merken würden, müsste 10 Prozent oder mehr betragen. Das hat aber heute niemand beantragt und hätte wohl auch keine Chance. Sie erahnen es: Die EVP wird für den Steuerfuss von 100 Prozent stimmen.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Lassen Sie mich mit zwei erfreulichen Feststellungen beginnen: Dieser gemeinsame Antrag von FDP und SVP zeigt einiges. Etwa, dass die FDP ihrer eigenen Mittelstandinitiative voll in den Rücken schießt; sie glaubt nicht daran, dass am 9. Februar diese Mittelstandsinitiative angenommen wird, weil, die hätte ja viel grössere Steuerreduktionserfolge. Das wären 350 Millionen Franken. Die 13. Steuerprogression würde abgeschafft werden. Und was wir jetzt mit diesem 1 Prozent da diskutieren, ist absolut Peanuts, wäre nicht der Rede wert, wenn diese Initiative angenommen würde. Aber sie glauben ja selber nicht dran, sonst hätten Sie das ja erwähnt und diesen Antrag erst gar nicht gestellt. Ebenso, die SVP, wir haben ja dann im Mai diese Kündigungsinitiative, zur Kündigung der Personenfreizügigkeit. Meinen Sie von der SVP, wir würden hier über Steuerreduktionen diskutieren und über Finanzüberschüsse, wenn wir nicht die Personenfreizügigkeit gehabt hätten und diese Einwanderung. Die hat uns in den letzten 15 Jahren, 20 Jahren, enormen Wohlstand gebracht. Mit allen anderen Problemen, die es auch gegeben hat; das wollen wir nicht verniedlichen. Es hat Probleme gegeben, aber insgesamt hat sie uns einen enormen wirtschaftlichen Wohlstand gebracht. Und Sie glauben ja auch nicht daran, dass diese Kündigungsinitiative angenommen wird, weil dann wissen Sie auch, dann müssen Sie die Steuern nicht senken, dann müssen Sie die Steuern erhöhen, weil dann die Wirtschaftsleistung zusammenbricht. Das sind also zwei erfreuliche Feststellung. Die dritte erfreuliche Feststellung ist natürlich auch die Lernfähigkeit des Regierungsrates. Der Regierungsrat hat ja relativ forsch gesagt, ja wir wollen dann die Steuern um 2 Prozent senken. Damit ist die Debatte überhaupt angestossen worden. Dann hat der Finanzdirektor und der Gesamtregierungsrat gemerkt, dass es doch nicht so gut ist mit diesen Finanzperspektiven und hat diese vollmundigen Worte

langsam und leicht zerknirscht rückgenommen. Sie stellen jetzt den Antrag, die Steuern nicht zu senken. Also, das ist eine bemerkenswerte Leistung. Ich kann nur sagen: Chapeau, Ernst Stocker, Chapeau an die Regierungspräsidentin, dass sie den Mut hatten, zurück zu krebsen und sagen, das war eine Fehleinschätzung. Das ist eine Regierung, die denken kann und nicht davor zurückscheut, wenn sie mal einen Fehler gemacht hat, diesen auch zu korrigieren.

Jetzt ist natürlich noch dieser Antrag pendent. Sie müssen ja auch ihre Klientel bewirtschaften. Das gehört ja auch zur Politik. Darum müssen sie diesen Antrag aufrechterhalten. Die SVP ist jetzt schon wieder auf halbem Weg zurückgekehrt auf 1 Prozent Steuerfussenkung. Das ist auch eine blöde Zahl, die Steuern um 1 Prozent zu senken, wenn schon, dann etwas Richtiges. Wenn ich dann die Worte gehört habe, wie man das begründet hat: Herr Schucan hat gesagt, man müsse ein Zeichen setzen im Eintretensvotum. Herr Müller hat gesagt, er wolle ein Signal setzen. Hier im Rat können Sie Zeichen setzen und Signal setzen, dann machen Sie ein Postulätli für irgendetwas oder eine Standesinitiative oder irgend so etwas, das nicht wehtut, aber bei Steuern tut es weh. Es geht um 70 Millionen Franken mehr oder weniger. Und es geht nicht um irgendwelche Zeichen setzen, sondern es geht um das Reale. Herr Sulser hat gesagt, ja, es gehe darum, dass man mehr zum Leben habe. Ich habe das mal ausgerechnet, was das dann bedeuten würde im verheirateten Tarif, wenn man die Steuern um 1 Prozent senkt. Wenn man 50'000 Franken steuerbares Einkommen hat, dann macht das 14.20 Franken aus, bei 100'000 Franken steuerbaren Einkommen schon 48.90 Franken und bei 300'000 Franken steuerbaren Einkommen 248.67 Franken. Also, das ist eben auch klar: Mit der Steuerprogression ist es eine Entlastung für die Gutverdienenden und nicht für die Schlechtverdienenden. Und das ist der wahre Kern ihrer Absicht. Natürlich hat der Steuerfuss einen Zusammenhang mit den Kantonsfinanzen. Wir hatten dieses Sparprogramm Lü16 (*Leistungsüberprüfung 16*), und jetzt kommen Sie schon mit Steuersenkungen. Dann haben wir diese SV17. Und die ist in der Tat eine Blackbox. Wir wissen zum Beispiel nicht, wie der Forschungs- und der Entwicklungsabzug gehandhabt wird. Das entsprechende Bundesgesetz in Artikel 2 ist sehr offen formuliert. Am Schluss können die Banken und die Versicherung jedes Software-Programm, das sie entwickeln oder anpassen müssen unter Forschung und Entwicklung abziehen. Die Chefin der Steuerverwaltung (*Marina Züger*) hat anlässlich der Pressekonferenz nach dieser Volksabstimmung ja auch gesagt, das sei sehr offen und man wisse nicht, was da auf den Kanton zukomme. Also, hier haben wir noch eine ziemliche Blackbox. Und vielleicht sind die Steuerauffälle viel höher, als der Kanton prognostiziert hat. Der hat das ja auch so dynamisch prognostiziert; es komme dann mehr, wenn man die Steuer senke. Das wissen wir alles nicht.

Dann haben wir noch den KEF. Er wird jetzt schöngeredet von allen Seiten: Es kommt ja doch anders. Also, der Glaube kommt dann doch wieder ins Spiel, und alle glauben, es wird besser. Aber hier steht, dass wir bis zu 500 Millionen Franken Defizit haben. Wenn das alles nur ein Gebetbuch ist oder ein Psalm, dann ist das auch gut und recht oder schlecht und recht. Aber ich gehe jetzt davon aus, das ist die realistische Erwartung, und die sieht eben schlecht aus. Deshalb haben wir

gar keinen Raum für eine Steuersenkung. An und für sich könnte man sagen, dass ist jetzt eben diese Klientelbewirtschaftung von SVP und FDP. Und jetzt kommt noch die GLP ins Spiel, und die macht das Ganze noch zu einem Zitterspiel. Wir haben jetzt die mehrheitliche Zustimmung, dass die GLP die Steuern nicht senkt, sehr teuer erkauft, weil die GLP ja alle Sparanträge, ausser wenn es um Pflanzen oder Natur ging, gutgeheissen hat. Also, überspitzt formuliert: Es ist bei der GLP besser, wenn man eine Pflanze ist, als wenn man eine Person ist hier im Kanton. (*Heiterkeit*) Aber, das ist, was wir hier erkauft haben. Das müssen wir jetzt zur Kenntnis nehmen. Die GLP hat schlussendlich auch begriffen, der ökologische Umbau und die Kinderbetreuung kostet etwas. Deshalb sind sie nicht für die Steuersenkung. Aber, dass das überhaupt eine Zitterpartei wird, finde ich dann schon bemerkenswert.

Sie können es unschwer erahnen (*Heiterkeit*): Die Alternative Liste wird dem Steuerabbau nicht zustimmen.

Valentin Landmann (SVP, Zürich): Ich möchte in dieser Diskussion einen ganz anderen Aspekt einbringen, der bisher noch nicht zur Sprache gekommen ist. Ich gebe auch zu, dass die Anregung zu diesem Aspekt aus dem nördlichen Nachbarland kommt. In Deutschland ist in der Koalition eine grosse, ganz aktuelle Diskussion im Gang, um wie viel und welche Steuern man reduzieren muss, um die Klimamassnahmen des Bundes und der Länder für die Einwohner Deutschlands tragbar zu machen. Die Massnahmen betreffend Mineralölsteuer, betreffend Verteuerung der Ölheizungen, betreffend Flugzuschläge, betreffend Autosteuer und so weiter, also, eine Kompensation. In dieser Koalitionsdebatte ist es die sozialdemokratische Seite, die auf eine stärkere Ermässigung der Steuern drängt, nicht nur der Steuern des Bundes und der Länder, sondern insbesondere auch der Mehrwertsteuer. Dafür sind wir nicht zuständig. Aber wir sind in einem Kanton, für den der Kantonsrat den Klimanotstand ausgerufen hat. Das heisst, es ist mit Klimamassnahmen zu rechnen. Wir haben bereits – allerdings ohne die Stimme der SVP – eine neue Gesetzgebung aufgegleist, die zu einer Verfünffachung der Autosteuern führen wird, wie der Tages-Anzeiger ausgerechnet hat. Wir haben weitere Massnahmen in petto beim Bund, beim Kanton. Beim Bund die Mineralölsteuer, weitere Steuern, die als Klimaregulierung eingeführt werden sollen, Zuschläge für Flugreisen und so weiter.

Wir sollten den Gedanken, auch wenn er aus dem nördlichen Nachbarland kommt, aufnehmen, dass diese Klimamassnahmen, um für die Bürgerinnen und den Bürger erschwinglich zu bleiben, einer Kompensation bedürfen und zwar einer Steuersenkung. Ich gebe zu, die geeignetste Steuersenkung für diesen Zweck wäre die Mehrwertsteuer, aber jede Steuer ist ein Zeichen, dass man es den Bürgerinnen und Bürger erleichtern will. Ich gebe auch zu, die beantragten 2 Prozent beziehungsweise 1 Prozent – das richtet sich nun an die grüne Fraktion – sind ein kleines zartes Pflänzchen des Entgegenkommens des Staates als Kompensation zu allem, was der Staat neu auferlegt. Aber dieses Pflänzchen ist schützenswert und lebenswert und das Pflänzchen muss nicht das letzte Wort der Steuererleichterung

als Kompensation für Klimamassnahmen sein. Ich danke euch sehr für die Aufmerksamkeit.

Hans Finsler (SVP, Affoltern am Albis): Hannah Pfalzgraf hat gesagt, mit einer Steuererleichterung mache man ein Geschenk an die Reichen. Ja, natürlich, da hat sie recht. Und Kollege Bischoff hat verdienstvollerweise vorgerechnet, dass 1 Prozent Steuerreduktion bei einem Einkommen von 300'000 Franken etwa 248 Franken Minderbelastung im Jahr ausmacht. Ich danke für diese Rechnung. Ich kann Ihnen versichern, ich habe nie in meinem Leben in dieser Einkommensklasse Steuern bezahlt; für mich macht es also noch viel weniger aus. Ich rede also nicht für mich.

Ich gehe von dem Grundsatz aus, wenn man einen Esel hat, der einem goldene Taler in den Garten scheidet, dann soll man dem nicht zu viele dieser Taler wegnehmen, denn sonst könnte er auf die Idee kommen, in den Nachbargarten auszuwandern. Wir wissen, dass 50 Prozent unserer Einkommenssteuer von 2 Prozent der Bevölkerung bezahlt werden. Denen müssen wir Sorge tragen. Die können entweder selber rechnen oder sie haben die allerbesten Berater, die hervorragend rechnen können. Die können sie sich nämlich leisten. Diese Leute wollen wir bei uns haben und behalten oder vielleicht noch mehr von ihnen anziehen, aber nicht mehr Sozialhilfe- und Arbeitslosentaggeldbezügler, die uns die Verkehrsmittel und Strassen verstopfen. (*Heiterkeit*) Wen wir ein paar solche Leute in unserem Kanton haben, dann hilft das auch uns Mittel- und Geringverdienenden, denn dann müssen wir nicht mehr selbst für die ganzen Kosten dieses Ladens aufkommen, der für uns tagtäglich und jahrein, jahraus besorgt ist. Das ist das Zeichen, das gesetzt werden soll. Und aus diesem Grunde ersuche ich Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

André Müller (FDP, Uitikon) spricht zum zweiten Mal: Es ist natürlich ein Ritterschlag, wenn Herr Bischoff meinen Namen nach fünf Jahren nicht kennt, das heisst, dass ich bis jetzt nicht zu jedem Thema auch noch meinen Senf dazugegeben habe. Gottseidank. Ich wollte natürlich nur noch kurz sagen: Ganz klar stehen wir hinter der Mittelstandsinitiative, absolut. Ich kann noch lauter sprechen, wenn Sie mich nicht hören. Wir stehen auch hinter der PI Boesch (*KR-Nr. 339/2017*), der PI Geistlich (*KR-Nr. 377/2016*). Und ganz klar machen wir Klientelpolitik. Unsere Klientel sind die Steuerzahlenden; die sollen auch einmal erleichtert werden. Wir haben in der Zwischenzeit ganz viele Transfernehmer befriedigt. Wir stehen zu einem guten Kanton, der allen etwas bietet. Dazu gehören die Steuerzahler, die dieses Budget finanzieren. Vielen Dank.

Jürg Sulser (SVP, Otelfingen) spricht zum zweiten Mal: Lieber Markus Bischoff, du hast uns vorhin mit grossen blumigen Worten erzählt, warum 65 Millionen Franken Steuerfussreduktion nicht drin liegen. Wenn ich mich aber erinnere, hast du vor gut zwei Stunden den 100 Millionen für mehr Löhne zugestimmt. Ich bin mal ganz gespannt, wie du mir diese Logik erklären möchtest: 100 Millionen mehr Löhne. Das würde im Budget gehen, 65 Millionen Steuerfussreduktion für alle

Steuerzahler im Kanton Zürich – und nicht nur für Wenige – liegt nicht drin. Damit wir die Diskussion nicht unnötig verlängern, können wir miteinander ein Bier trinken gehen und du erläuterst mir dann deine Logik. Ich bin mal sehr gespannt darauf. Danke.

Christian Müller (FDP, Steinmaur): Ein düsteres Bild malen, das können Finanzvorsteher in der Regel gut, vor allem wenn es die Zukunft betrifft. Das weiss ich als Finanzvorsteher einer Gemeinde.

Die Unternehmenssteuerreform wird vermutlich wie die letzte Unternehmenssteuerreform schon nach kurzer Zeit wieder zu höheren Steuereinnahmen der juristischen Personen führen. Interessant ist aber auch, dass 1 Prozent Steuerreduktion eigentlich gar keine Bedeutung hat, weil es nichts bewirkt. Interessanterweise führt aber 1 Prozent höhere Krankenkassenprämien gleich immer zur Forderung nach einer Lohnerhöhung.

Was mich auch freut, ist, dass die Mittelstandsinitiative in allen Voten von der linken Seite in der Regel berücksichtigt wird. Ich danke hier für die Unterstützung für diese Initiative. Interessant aber auch, dass die Entlastungsinitiative mit keinem Wort erwähnt wird. Die würde ja wiederum zu Mehrkosten führen, wie auf der Internetseite angeführt ist. Also können wir hier das 1 Prozent auch gleich vorwegnehmen. Aber generell sollten noch nicht vorhandene Abstimmungsergebnisse nicht in dieser Debatte verwendet werden. Das ist lesen in der Kristallkugel.

Regierungsrat Ernst Stocker: Die Regierung beantragt Ihnen einen gleichbleibenden Steuerfuss von 100 Prozent für die nächsten zwei Jahre.

Herr Kantonsrat Bischoff, es war kein Fehler, dass wir diese Steuersenkung geplant haben. Ich möchte auch gerade heraus sagen, dass die Regierung planen und beantragen kann, versprechen kann sie nichts, weil die Festlegung des Steuerfusses im Parlament erfolgt. Ja, wir haben geplant, KEF-Festlegungen, März 2018, blauer Himmel bei den Zürcher Finanzen. Heute tut man so, als wäre es immer blau gewesen. Als ich Kantonsrat Alder zugehört habe, ist mir in den Sinn gekommen: Bei meinem ersten Rechnungsabschluss als Finanzdirektor habe ich gezittert und «gebibbert», dass wenn der Stocker jetzt am Steuer der Finanzdirektion sitzt, dass wir nicht als erstes einen negativen Abschluss haben, Rechnungsabschluss 2015. Ich habe gesagt, der Chefbuchhalter des Kantons ist immer der erste, der das Resultat kennt. Ich habe gesagt, wenn du es weisst, der erste, der es erfährt, bin ich. Ich war in den Skiferien. 18 Millionen Franken plus. Es ist noch nicht so lange her. Und jetzt haben wir gute Ergebnisse geschrieben. Das ist richtig. Aber, wenn wir heute die ganze Sache betrachten, dann muss ich Ihnen sagen, im September 2019 haben wir Ihnen einen Antrag gestellt. Und zwar mussten wir, ich und die Regierung, auf diese Veränderungen reagieren. Der Finanzkommissionspräsident hat die Gründe aufgezählt; diese Gründe wurden auch im Rat aufgezählt. Ich kann sie nochmals wiederholen für die, die es nicht glauben. Heute Morgen wurde gesagt, obschon wir die Investitionen um 1 Milliarde Franken aufgestockt haben in der nächsten KEF-Periode von vier auf fünf Milliarden, das reiche

noch lange nicht. Wir haben die Veränderungen der Krankenkassen, Verbilligungsbereich von 80 auf 92 Prozent. Glauben Sie eigentlich, das sei gratis? Das war bei der KEF-Planung, als wir diesen Steuerfuss eingeplant haben, war das noch nicht auf dem Tapet. Das war ein Bundesgerichtentscheid. Die ganzen Umweltmassnahmen wurden aufgezählt. Und einfach nochmal: Die Ergänzungsleistungen und der Strassenfonds, wie es dann rauskommt, Röbi Brunner, kannst du mit der Regierungspräsidentin noch abmachen. Da mische ich mich nicht ein. Das sind 4 Steuerprozent. Sie haben das beschlossen. In der Regierung nehmen wir Ihre Beschlüsse ernst. Ich kann nicht sagen, «gaht mi nüt a». Vier Steuerprozent kosten die pro Jahr. Das ist 1 Milliarde Franken im KEF, wenn wir das einstellen. 180 Millionen Franken zirka Ergänzungsleistungen mehr und 70 Millionen Franken Strassenfonds. Ich und die Regierung wollen Verantwortung für den Finanzhaushalt des Kantons übernehmen. Nur so sind wir vertrauenswürdig und verlässlich für Parlament und Bevölkerung. Ich kann Ihnen doch keine Steuerfussenkung beantragen, wenn die Verschuldung in unserer Planung von fünf auf acht Milliarden steigt. Wissen Sie, wo dann die Glaubwürdigkeit wäre? Unter null. Ich will meine Glaubwürdigkeit nicht verspielen. Das können wir uns nicht leisten. Es besteht kein Spielraum, sonst hätte ich ihn ausgenutzt. Aber, wenn ich keinen habe, kann ich ihn nicht ausgenutzt. Ich beantrage Ihnen, den Steuerfuss bei 100 Prozent zu belassen. Besten Dank.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt dem Antrag der FIKO mit 97 : 81 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Ratspräsident Dieter Kläy: Bevor wir zur Elefantenrunde (*Schlussrunde der Fraktionspräsidien*) kommen und zur Schlussabstimmung über das Budget 2020, möchte Jürg Sulser noch das Wort für die Begründung der Ablehnung des Budgets.

Jürg Sulser (SVP, Otelfingen): Die SVP lehnt das Budget in der vorliegenden Form ab. Dies insbesondere aufgrund der Tatsache, dass keine Anpassung des Steuerfusses vorgesehen ist.

Ein starker Wirtschaftsstandort Kanton Zürich kann nur erhalten bleiben, wenn dieser steuerlich auch für Unternehmen und natürliche Personen attraktiv bleibt, nur so kann mittelfristig sichergestellt werden, dass die Steuereinnahmen auf diesem Niveau gehalten werden können. Zudem ist der angestrebte Selbstfinanzierungsgrad von 60 Prozent nicht erreicht worden. Im Budget 2019 betrug dieser noch 56,2 Prozent, während der Selbstfinanzierungsgrad im Budget 2020 nur noch bei 49 Prozent liegt.

Die SVP stört sich ausserdem an der neuen Unsitte, dass immer mehr Interessensvertreter offensichtlich dazu verleitet sind, immer neue Begehrlichkeiten über den Kanton finanzieren zu wollen, was unweigerlich zu noch höheren Ausgaben führt.

Das fehlende Kostenbewusstsein und der sich immer weiter ausbreitende Staatsapparat ist deshalb ein weiterer Grund, das Budget in der vorliegenden Form abzulehnen. Danke.

Ratspräsident Dieter Kläy: Ich erteile das Wort den Fraktionsvorsitzenden für ein Schlussvotum. Ich räume Ihnen dafür eine Redezeit von maximal zehn Minuten ein. Wir beginnen mit dem Präsidenten der SVP-EDU-Fraktion, Martin Hübscher, Wiesendangen.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Durchgezogene Bilanz ist unser Fazit. Wir haben es geschafft. In neun Sitzungen haben wir das Budget und den KEF beraten. Das Budget mit den Novemberbrief-Nachträgen vom Regierungsrat mit einer schwarzen Null wurde nach Beratung von 51 Budgetanträgen und rund 60 KEF-Anträgen um rund 60 Millionen Franken verbessert. Und wir haben nun mit 60 Millionen Franken eine schwarze Null.

Die SVP zieht keine positive Bilanz: Wir haben bereits früh unsere drei Ziele kommuniziert: Ein ausgeglichenes Budget auch nach dem angekündigten Novemberbrief, eine Steuerfussenkung um 2 Prozent, wie ursprünglich vom Regierungsrat angekündigt, eine Abschwächung der zusätzlichen Verschuldung durch einen höheren Selbstfinanzierungsgrad von über 50 Prozent. Der erste Punkt ist erfüllt, der zweite und dritte Punkt nicht.

Die SVP nimmt die Verantwortung wahr und hat konkrete Anträge formuliert, wo wir Handlungsbedarf und Spielraum sehen. Ganz im Gegensatz zur linken Ratsseite, die sich offensichtlich ihrer Regierungsverantwortung nicht bewusst ist und sorglos Anträge für Budgetverschlechterungen einreicht, die den Regierungsrat zu einem Sparprogramm zwingen würde, wären sie denn auch durchgekommen. Umso erstaunlicher ist es, dass wir, obwohl wir, oder besser Sie, doch erst kürzlich den Klimanotstand beschlossen haben, keine konkreten diesbezüglichen Forderungen eingereicht wurden mit Ausnahme von unbedeutenden KEF-Indikatoren. Das haben Sie (*gemeint ist Nicola Siegrist*) gar selber bestätigt. Offensichtlich fehlen Ihnen die konkreten Massnahmen, die es eben nicht so einfach gibt. Allein das beweist einmal mehr, dass es sich bei Ihrem beschlossenen Notstand um eine reine Symbolpolitik gehandelt hat.

Ja wir haben einen guten Finanzdirektor: Er legt ein solides Budget vor. Der Kanton hat eine solide Finanzsituation, und das wurde gerade wieder bestätigt durch die Bewertung mit Triple-A. Zwar ist es verständlich, wenn die einzelnen Vorsteher oder Vorsteherinnen der Direktionen ihre Budgets verteidigen. Etwas irritierend ist es aber, wenn einzelne Mitglieder der Regierung energiegeladener auf die Budgetanträge reagieren, wie wenn man jemandem mit dem Absatz auf den Fuss tritt. Letztlich ist es die Verantwortung der Legislative. Ich möchte hier auch nochmals klar festhalten: Der Kantonsrat macht weder individuelle Lohnfestsetzungen noch Kürzungen noch Lohnerhöhungen. Nein, wer solches behauptet, hat die Gewaltentrennung und die Aufgabenbereiche der beiden Gewalten Legislative und Exekutive nicht verstanden. Wir legen den Budgetrahmen fest, aber nicht die Anzahl

Personalstellen. Das ist Sache der Regierung. Was er wie und wo und wann umsetzt und wie er die Vorgaben umsetzen will, entscheidet alleine der Regierungsrat. Und der Personalaufwand steigt im nächsten Jahr trotz Annahme der Verbesserungsanträge im Budget um über 150 Millionen Franken oder um über 2 Prozent. Das Budget des Kantons wächst mit der Wirtschaft, leider auch die Ausgaben. Die Steuereinnahmen sind auf einem Allzeithoch. Das Wachstum müsste sich eigentlich in einem besseren Ergebnis niederschlagen. Tut es aber leider nicht.

Wir sind aber ganz klar der Meinung, es braucht für alle etwas. Das Personal hat die fünfte Ferienwoche, mit der SV17 konnten die Unternehmen entlastet werden, gleichzeitig sind die Gemeinden durch die Erhöhung des Beitrages für die Ergänzungsleistungen entlastet worden, ja, auch die Kirchen werden etwas erhalten, und nun ist eben auch die im letzten KEF eingestellte Steuersenkung angebracht. Die Steuersenkung ist die zwingende Antwort auf die ständig steigenden indirekten Belastungen der Bevölkerung. Sie ist eine Kompensation, zusammen mit der SV17 eine wichtige Voraussetzung für die Stärkung des Standortes Kanton Zürich.

Enttäuscht sind wir von der CVP, die sich vollends aus dem bürgerlichen Lager verabschiedet hat. Die GLP muss sich in ihrer Rolle wohl noch finden und weiss nicht recht, was sie will, vielleicht fast ein bisschen wie beim Märchen «Hans im Glück».

In einer Zeit, in welcher die Bürgerinnen und Bürger über die Hälfte unserer monatlichen Einkommen nicht verfügen dürfen, wollen uns jene Parteien überzeugen, dass mehr Staat auch mehr Freiheit bedeute. Die Gründerväter dieser Nation würden sich ob dessen im Grabe umdrehen. Steuerwettbewerb zwingt den Staat und die Verwaltung zu Effizienz, und das ist im Interesse von uns allen. Wir wollen nicht nur eine innovative und effiziente Wirtschaft, wir wollen auch einen effizienten und schlanken Staat. Wir wollen den Staat entlasten und nicht belasten. Da fragen wir uns von der SVP gerade auch im Hinblick auf die beschlossenen Vorlagen, welchen Hut Sie anhaben, wenn Sie den Rats-saal betreten? Nicht alle sind sich der Verantwortung auch für den kantonalen Haushalt immer konsequent genug bewusst.

Ganz allgemein sieht die SVP aber im Budgetprozess Verbesserungspotential. Mit der Globalbudgetierung ist es für die strategische Ausrichtung oftmals schwierig, korrekt zu steuern und den politischen Willen durchzusetzen, weil die Details zu den einzelnen Konten fehlen und verschiedene Bereiche in einer Leistungsgruppe zusammengefasst sind. Hier sind die Finanzkommission und die Subkommissionen gefordert. Es ist das zweite Mal, dass wir das Budget zusammen mit dem KEF beraten. Mit der Effizienz unserer Beratungen gewinnen wir aber tatsächlich gelinde gesagt keinen Innovationspreis. Bei allem Respekt für die engagierten Voten und die geführten Diskussionen – und da nehme ich auch die SVP-Fraktion nicht aus –, das Resultat ist bescheiden. Es gleicht eher einer Selbstinszenierung des Parlamentes und einer Selbstzermürbung, die auch nur eine beschränkte politische Aussenwirkung hat. Im Vergleich mit anderen Parlamenten ist hier eine gewisse Selbstkritik sicher angebracht. Wir müssen den

Budgetprozess und vor allem die Budgetberatung überdenken und einer Effizienzkur unterstellen.

Düsterer sieht der KEF aus. Der Kanton verschuldet sich weiterhin in einem Masse, das für unsere Kinder und die nächste Generation eigentlich nicht zumutbar ist. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt weniger als 50 Prozent. In jeder Unternehmung funktioniert das nicht und gefährdet auch mittelfristig das Rating Triple-A. Der Kanton hat unbestritten einen hohen Investitionsbedarf. Der Selbstfinanzierungsgrad muss aber zwingend gesteigert werden. Es kann definitiv nicht sein, dass wir mehr als die Hälfte der Investitionen in Zeiten der Hochkonjunktur mit Schulden begleichen. Die Kosten der Investitionen müssen dringend gesenkt werden, Wünschbares von Notwendigem unterschieden und auf ersteres konsequent verzichtet werden. Wir können uns doch nicht einfach immer mehr verschulden, und die Zeche müssen unsere Jungen bezahlen, ganz nach dem Motto «Wir sitzen ja dann nicht mehr im Rat». Das ist nicht die Politik der SVP. Wir werden uns auch künftig für gesunde Staatsfinanzen einsetzen, die die Grundlage sind für einen prosperierenden Wirtschaftsstandort.

Zusammenfassend: der Kanton Zürich hat solide Finanzen. Der Kantonsrat hat im Verhältnis noch etwas Kosmetik betrieben, und das Budget und den Aufwand um ganze 3 Promille verbessert. Chirurgie und nicht Kosmetik wäre aber eigentlich angebracht, wenn wir weiterhin als attraktiver Wirtschafts- und Lebensstandort gelten wollen. Wir lehnen das Budget ab und nehmen den KEF zur Kenntnis.

Die SVP zieht eine durchgezogene Bilanz, wir danken dem Finanzdirektor und seinem Team für die Vorlage des soliden Budgets. Ihnen allen wünschen wir frohe Festtage und «en guete Rutsch».

Markus Späth-Walter (SP, Feuerthalen): Rund 110 Abstimmungen, neun Sitzungen liegen hinter uns, etwa 64 Mal, wenn meine Buchhaltung stimmt, war meine Fraktion bei den Siegern. Eine quantitative Auswertung ist selbstverständlich nicht ausreichend, um das Budget 2020 abschliessend zu beurteilen. Da müssen doch relevantere, inhaltlich-qualitative, politische Überlegungen herangezogen werden. Tun wir das also:

Wir haben den Klimanotstand ausgerufen; das haben wir zu Recht getan. Der Klimazug fährt, er fährt immer schneller. Der jüngste Report des UN-Umweltprogramms UNEP von Ende November ist beunruhigend. Die Treibhausgasemissionen sind in den letzten zehn Jahren im Schnitt um 1,5 Prozent gestiegen, nicht gesunken. Die Steigerung war im Jahr 2018 am stärksten. Die Ergebnisse des Klimagipfels vom vergangenen Wochenende geben keinerlei Anlass zu Optimismus.

Die Menschen in diesem Kanton, unsere Wählerinnen und Wähler, erwarten, dass wir nicht immer weiterdiskutieren, sie erwarten, dass wir handeln. Mit aller Deutlichkeit zeigen sie das. Die Klimajugend hört nicht auf zu protestieren, global nicht und in der Schweiz nicht. Die eidgenössischen Wahlen waren eine Klimawahl mit politischen Erdbebenveränderungen – Erdbebenveränderungen, die Metapher passt ausgezeichnet zur Thematik. Auch das aktuellste Sorgenbarometer, vor wenigen Tagen veröffentlicht, bestätigt es überdeutlich: Kein Thema hat bei

den Sorgen der Schweizer Bevölkerung stärker zugelegt als Umwelt und Klima. Noch grössere Sorgen bereitet der Bevölkerung aber die Altersvorsorge und die ständig steigenden Kosten im Gesundheitswesen. Sie belegen die absoluten Spitzenplätze in der Sorgenrangliste.

Und jetzt zu unserem Budget: Wir tun gut daran, den Klimawandelzug zu stoppen, jetzt, sofort, ohne Wenn und Aber. Gleichzeitig ist aber ebenso klar: Wenn es uns nicht gelingt, gleichzeitig die sozialen Sorgen der Menschen ernst zu nehmen, wird es schwierig, nein, es wird sehr schwierig. Menschen in existenzieller Angst um Altersvorsorge und Gesundheitsversorgung sind kaum bereit, den nötigen grundlegenden Veränderungen in der Energie-, Verkehrs- und Wohnbaupolitik zuzustimmen, ohne die aber schaffen wir die Klimawende nicht.

Wir haben in dieser Budgetdebatte 30 Stunden debattiert. Die Bilanz: Pro Stunde haben wir ungefähr 1,5 Millionen Franken gespart oder verbessert, wie man das in der Sprache des Budgets sagt. Sind wir aber den Erwartungen der Menschen gerecht geworden? Nehmen wir die sozialen und ökologischen Sorgen wirklich ernst? Stimmt die Richtung im Budget?

Schauen wir uns die Frage der Ökologie an: Einige Beschlüsse stimmen optimistisch. Der Fonds für den öffentlichen Verkehr soll nicht geschwächt werden, mehr als ein halbes Dutzend Anträge in der Baudirektion wurden heute Nachmittag durch die neue ökologische Mehrheit im Rat verabschiedet zugunsten von Artenvielfalt, Gewässerrevitalisierung und auch einer neuen Klimapolitik. Das sind Schritte in die richtige Richtung, aber noch lange, lange nicht die Wende, um die wir nicht herumkommen.

Schauen wir die Krankenkassenprämien an: Die beschlossenen Netto-Beiträge für die Prämienverbilligung sollen gemäss Vorschlag der Regierung um rund 70 Millionen Franken auf neu fast 480 Millionen steigen. Das ist gut und richtig oder wäre gut und richtig. Das würde auch die vom Bundesgericht verlangte Unterstützung des unteren Mittelstandes ermöglichen. Was aber beschliesst dieses Parlament – gegen den eindringlichen Rat der ebenso bürgerlichen Gesundheitsdirektorin (*Regierungsrätin Natalie Rickli*)? Wir haben eine Reduktion an die IPV (*individuelle Prämienverbilligung*) um fast 14 Millionen Franken beschlossen. Das ist definitiv keine vernünftige Antwort auf die ständig steigende Belastung der Haushalte durch die Krankenkassenprämien.

Bei den Löhnen stellen wir eine Fortsetzung des Trauerspiels der letzten Jahre fest. Die bürgerliche Mehrheit, leider mit tatkräftiger Unterstützung der GLP, hat einmal mehr gegen das Personal entschieden. Sie versagen ihm damit die verdiente Anerkennung. Dass die bescheidenen Lohnerhöhungen, die vom Regierungsrat vorgeschlagen wurden, halbiert werden, ist weder gerechtfertigt noch fair. Die Regierung hat sich verpflichtet, sich in der Lohnpolitik an der Lohnentwicklung der Privatwirtschaft zu orientieren. Dass die Mehrheit in diesem Rat sich einmal mehr um diese verbindliche Zusage foutiert, ist eine Provokation; das verstösst gegen Treu und Glauben. Die Angestellten sind immer die Dummen. In Jahren mit Sparprogrammen muss immer das Personal das erste Sparopfer bringen. Wenn es den Kantonsfinanzen einmal gutgeht, müssen die Angestellten nach

Willen der Mehrheit trotzdem verzichten, damit beschlossene und geplante Steuersenkungen finanziert werden können. Da bleibt nur die Hoffnung auf den Finanzdirektor und die Regierung. Der Finanzdirektor hat uns in der Eintretensdebatte und auch heute wieder mit bemerkenswerter Klarheit die Zuständigkeit für die Festlegung der Löhne dargelegt. Dafür besten Dank.

Ähnlich ärgerlicher wie die Anträge zu den Löhnen war der Antrag der FDP und der SVP zum Steuerfuss. Sie nehmen in Kauf, dass dem Kanton dauerhaft pro Jahr 65 Millionen entgangen wären, Einnahmen, die nachher für Investitionen in die Klimawende, in die Bildung, ins Gesundheitswesen und in die Sicherheit fehlen. Wem würde eine solche Senkung was bringen? In einem durchschnittlichen Steuerhaushalt – wir haben es heute Abend gehört – könnte sich das Haushaltsoberhaupt mit den eingesparten Steuern vielleicht einmal im Jahr eine Pizza mehr leisten, aber nicht für die ganze Familie, sondern nur für das Oberhaupt. Für Vermögende dagegen hat eine solche Steuersenkung eine ganz andere Wirkung; Leute vom Kaliber etwa des FIKO-Sprechers der SVP (*gemeint ist Jürg Sulser*) könnten mit dem eingesparten Betrag locker eine zusätzliche Ferienwoche finanzieren. So viel zum Argument, nach den Unternehmen seien jetzt endlich auch einmal die privaten Haushalte am Zuge. Zum Glück konnte diese Steuersenkung abgewendet werden. Wir heissen die CVP herzlich willkommen in der Koalition der Vernünftigen.

Werfen wir noch einen Blick auf die Vorgaben der FIKO: Die FIKO selber hat gescheite Vorgaben formuliert. Wir sollen uns aufs Wesentliche konzentrieren, wir sollen aufhören mit dem unsäglichen Versuch über das Budget eine Mikrosteuerung vorzunehmen. Leider ist uns diese gute Vorgabe nur zum Teil geglückt. Nach wie vor hat die Budgetdebatte, nein, nichts mit Selbstinszenierung zu tun, lieber Martin Hübscher, sondern eher mit einer Sado-Maso-Veranstaltung (*Heiterkeit*) Sadistisch, weil die rechte Seite Jahr für Jahr ihre Freude, die Regierung und das Personal zu ärgern, die Prämienverbilligung zu kürzen, der Bildung die nötigen Investitionen vorzuenthalten, kaum verbergen kann. Masochistisch, ja, es setzt schon einiges an Selbstkasteiung voraus, sich in den zwei letzten Wochen vor Weihnachten mit kleinlichen und in der Mehrheit chancenlosen Anträgen auseinanderzusetzen, über die zudem in den relevanten Medien kaum berichtet wird. Da haben wir tatsächlich noch viel Luft nach oben.

Zur Bilanz: Wir haben es insgesamt mit einem nicht unvernünftigen Budget zu tun. Es trägt etwas zur Entlastung der Haushalte bei den Gesundheitskosten bei, es unternimmt erste Schritte – erste Schritte, nicht mehr – in Richtung «Ökowende», es gibt beim Personal zwar ein völlig falsches Signal, andererseits konnten die Steuersenkungsanträge abgewendet werden. Das ist im Hinblick auf die kommenden Jahre und Herausforderungen matchentscheidend. Im Überblick trifft das zu, was heute Morgen ein Journalist hier im Saal formuliert hat: Es ist in diesem Kanton attraktiver ein Frosch zu sein als ein Mensch. Trotzdem, in wichtigen Punkten wird das Budget 2020 den Erwartungen vieler Menschen in unserem Kanton gerecht. Die SP stimmt deshalb diesem Budget zu. Ist das schon eine Trendwende? Wir lassen uns überraschen.

Beatrix Frey-Eigenmann, (FDP, Meilen): Ja, die Budgetdebatte ...

«Es fängt schon an im Januar
und dauert durch das ganze Jahr,
dass der Kantonsrat montags tagt,
Traktanden durch das Rathaus jagt,
und voller Tatendrang und Fleiss
für alles eine Lösung weiss.
Er plant und baut und unterstützt
stets im Bestreben, dass es nützt.
Doch nützt's nicht nur, es kostet halt,
wenn man dem Staate dergestalt
stets neue Pflichten auferlegt
und zielbewusst und unentwegt
Verbesserungen sucht und findet,
gelegentlich sogar begründet.
Doch kommt die Quittung im November,
und spätestens anfangs Dezember
bemerkt man, dass es so nicht geht,
weil's schlecht um die Finanzen steht.
Jetzt fängt die Hektik richtig an:
man sucht zu sparen, wo man kann.
Der Rat tagt doppelt und berät
auch nachmittags und abends spät
das Budget, um es auszugleichen.
Man möchte dies und jenes streichen,
durchforstet jedes Konto kleinlich.
Doch wird das Ganze sehr bald peinlich,
denn wirklich sparen kann man nicht
bei Schulen, Strassen und Gericht,
Gesundheit, Sicherheit, Verkehr.
Und ganz besonders wird es schwer
bei Sozialem und bei Löhnen:
da hört man bald ein lautes Stöhnen
und die betroffenen Ratsmitglieder
beweisen gerne immer wieder,
hier sei es fehl am Platz zu streichen,
man stelle völlig falsche Weichen,
und spätestens in zwei, drei Jahren
bereue man es, hier zu sparen.
So ist das Sparen doch alljährlich
für den Kantonsrat recht beschwerlich.
Die Phase Sparen geht vorüber.
Den Räten ist es sichtlich lieber,
statt immer wieder sparen müssen,
die Weihnachtsferien zu geniessen.

Im Januar geht's wieder weiter,
man spendet wieder froh und heiter
nach allen Seiten fremdes Geld
und kämpft für eine heile Welt.»

Diese doch sehr treffende Zusammenfassung der rund 30-stündigen Budget-/KEF-Debatte, die habe nicht ich geschrieben, sondern ein ehemaliger Ratskollege von mir, Werner Heggetschweiler, und er hat es nicht gestern geschrieben, sondern vor 26 Jahren. (*Heiterkeit und Applaus*) Ja, 1993, ich glaube, dass damals noch nicht alle von Ihnen auf der Welt waren und wahrscheinlich nur Gabi Petri im Rat (*Heiterkeit*). So ist das Leben. Das zähe Ringen um das Budget scheint also so etwas wie ein parlamentarisches Naturgesetz zu sein.

Die FDP – jetzt kommen wir zum ernsthaften Teil – ist in dieser Budgetdebatte mit folgenden Zielen angetreten: Wir wollen ein verabschiedetes Budget, ein mindestens ausgeglichenes Budget, ein Budget, mit dem die Verwaltung die Kernaufgaben effizient erfüllen kann, ein Budget, das die Werterhaltung und eine leistungsfähige Infrastruktur sicherstellt und wir wollen ein Budget, dass nach der SV17 auch Handlungsspielraum für eine steuerliche Entlastung von natürlichen Personen schafft. Nun stehen wir kurz vor Abschluss der Budgetdebatte, und wie es aussieht, werden wir praktisch alle Ziele erreichen. Es hat sich also ausgezahlt, dass wir auch in diesem Jahr konsequent nach Möglichkeiten gesucht und den Druck aufrechterhalten haben, um das Budget zu optimieren, sei es durch die Verhinderung von übermässigem Stellenausbau, indem wir die Verwaltung und Institutionen dazu angehalten haben, durch ernsthafte Leistungsüberprüfung und das Abschneiden alter Zöpfe, Spielraum für neue Aufgaben zu schaffen, sei es durch massvolle Lohnerhöhungen, sei es, indem wir auf die Weiterverrechnung von Querschnittsleistungen wie der Informatikkosten bestehen, damit über die Höhe dieser sogenannten Fallkosten auch innerhalb der Verwaltung ernsthaft Verhandlungen geführt werden oder sei es, indem wir den Regierungsrat ganz einfach beim Wort nehmen und verlangen, dass er Leistungsmotionen, die er entgegengenommen hat, auch wirklich umsetzt.

Wir sind sehr froh und dankbar, dass sich GLP und SVP in dieser Budgetdebatte als finanzpolitisch verlässliche Partner erwiesen haben, denn offenbar braucht es diese «alte» sogenannte bürgerliche Mehrheit, damit die Finanzen nicht völlig aus dem Ruder laufen. Es reicht ja schon, dass die CVP zurzeit etwas irrlichtert. Der Stern von Bethlehem, orientiert euch doch bitte das nächste Mal wieder daran. Aber, wenn wir uns vorstellen, dass Rotgrün mit ihren Budgetanträgen durchmarschiert wäre, dann hätte wohl nicht nur der Finanzdirektor schlaflose Nächte gehabt. Minus 96 Millionen Franken, so hätte das Budget der SP ausgesehen, wenn sie alle ihre Anträge durchgebracht hätte. Sie hätte damit ein um rund 30 Millionen Franken grösseres Loch in die Staatskasse gerissen, als wenn wir der Steuerfussenkung der SVP von 2 Prozent zugestimmt hätten. Also, lieber Markus Späth, definiere verantwortungsvolle Finanzpolitik. Minus 44 Millionen Franken, so hätte das Budget der Grünen ausgesehen, wenn sie ihre Anträge durchgebracht hätten, wobei es mir schleierhaft ist, wie sie bei den Spitälern eine Einsparung

von 52 Millionen Franken – das ist der Unterschied zur SP – erreichen wollten, wenn sie gleichzeitig eine Lohnerhöhung für das dortige Personal von 4,7 Prozent forderten und das bei Tarifen, die seit vier Jahren gleich hoch beziehungsweise tief sind. Liebe Esther Guyer, definiere finanzpolitische Logik.

Da sind wir doch ganz zufrieden mit dem Plus von rund 61 Millionen Franken, das wir erreicht haben. Gerne hätten wir dieses Plus als Zeichen der Wertschätzung den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern in Form einer Steuerfussenkung weitergegeben, wie es die Regierung in Aussicht gestellt und die GLP im letzten Jahr noch gefordert hat. Dass die GLP jetzt zurückgeklaubt ist, hat wohl weniger mit ihrer Sorge um den mittelfristigen Ausgleich zu tun als mit der Tatsache, dass sie seit den Wahlen im Frühling nicht nur viele neue Gesichter, sondern auch ziemlich viele Wunschzettel bekommen hat. Wir werden der GLP zwischen Januar und November dann gerne die Greta-Frage (*Anspielung auf Greta Thunberg, schwedische Klimaaktivistin*) stellen, wie sie es mit den Finanzen hat? Und damit es nicht heisst, wir seien auf Schmusekurs mit der SVP auch noch ein ernstes Wort an diese Adresse: Letztes Jahr hast du, Martin Hübscher, der SP vorgeworfen, eine Budgetablehnung sei purer Wahlkampf oder mangelnde Regierungsverantwortung. Ja, und was macht ihr jetzt dieses Jahr? Ist das jetzt nach dem Motto «*Quod licet jovi non licet bovi?*» (*lat. «Was dem Jupiter erlaubt ist, ist dem Ochsen nicht erlaubt»*) Eine Budgetablehnung ist weder für Jupiter noch für den Ochsen würdig. Ein Notbudget wäre für diesen Rat ein Armutszeugnis sondergleichen und würde ausser Unsicherheit und Bürokratie für Verwaltung, Wirtschaft und Gewerbe gar nichts bringen.

Also bitte, liebe Kollegen von der SVP, geht noch einmal in Euch, wir haben wahrlich wichtigere Herausforderungen, denn Grund zur Euphorie besteht trotz des positiven Budgets nicht. So sieht der KEF trotz bisher robuster Wirtschaft nicht rosig aus, wir habe es gehört. Der Finanzdirektor hat es dargelegt. Sorge bereiten uns namentlich die Wachstumsraten in den Bereichen Bildung und Gesundheit, die zusätzlichen Transferzahlungen in und ausserhalb des Finanzausgleichs, die der Rat bereits beschlossen hat oder noch zu beschliessen hat, auch und insbesondere der tiefe Eigenfinanzierungsgrad der Investitionen. Diese sind zum grossen Teil für den Kantonsrat exogen getrieben und nicht beeinflussbar – ich erinnere an UZH (*Universität Zürich*) und Universitätsspital. Sie belasten aber den Staatshaushalt und treiben die Verschuldung in die Höhe.

Die FDP wird dem Budget zustimmen, aber wie bereits 1993 gilt: Nach der Budgetdebatte ist vor der Budgetdebatte.

Michael Zeugin (GLP, Winterthur): Für das neue Jahr hat der Kanton Zürich ein mutmasslich ausgeglichenes Budget. Nach unserem heutigen Wissenstand können wir damit alle anstehenden Ausgaben und Investitionen im 2020 ausführen. Das ist für uns Grünliberale zentral. Mit dem Budget und KEF setzen wir das kommende Jahr fest und justieren die weiteren drei Jahre. Das ist die Aufgabe, die uns die Verfassung und auch die Gesetze hier im Kantonsrat zuweisen.

Und in ungeraden Budgetjahren wird hier in diesem Saal nicht nur über die Aufgaben, sondern eben auch über die Kosten für die Bürger, sprich, die Steuern gesprochen. Die Festsetzung von Budget und Steuerfuss sind die beiden wichtigsten Einzelentscheide, welche in der abschliessenden Kompetenz des Kantonsrats liegen. Wir sollten uns dem bewusst sein, wenn wir beispielsweise mit umtriebigen Mails, Telefonaten oder vor allem mit der vollen Aufmerksamkeit von einzelnen Mitgliedern der Regierung beschenkt werden. Wortreich wird dargelegt, warum gerade dies oder jenes, warum diese Abfederung nicht geht oder dieses Kostwachstums nicht begründet werden kann. Und es wird eingeworfen, wir könnten nicht einfach hier streichen oder dort. Wir müssen ganz genau auf den Punkt sagen, wie wir eine Kürzung rechtfertigen. Mein Verständnis ist ein anderes: Nicht der Kantonsrat muss begründen und sich rechtfertigen, vielmehr ist es die Pflicht des Regierungsrates, denn am Schluss entscheidet die Mehrheit in diesem Rat, ob er für etwas Geld spricht oder ob er das Geld nicht spricht, und zwar unabhängig vom Wehklagen einzelner Regierungsrätinnen. Aber ich mache mir hier auch keine Illusion, dass ich hier mit Abstand jüngster Fraktionspräsident und Freshman in der Runde der Elefanten, die gestanden Mitglieder der Regierung auf die Jahre noch ändern werde.

Für uns ist es ein gutes Budget. Mit einzelnen Massnahmen haben wir Ergänzungen vorgenommen, wir haben es verbessert, wir haben aber auch erste ökologische Schwerpunkte gesetzt und wir können die anstehenden Aufgaben erfüllen und die Investitionen tätigen. Ganz wesentlich: Auch das Personal kommt nicht zu kurz. Wir geben den Angestellten im Kanton Zürich die fünfte Ferienwoche, gleichen die Teuerung aus und haben noch einen Spielraum für zusätzliche Massnahmen. Dass das nicht alle zufrieden stellt, ist Teil des Geschäfts.

Es ist ein gutes Budget. Das zeigt auch die Tatsache, dass die meisten Fraktionen Spielraum für ihre eigenen, durchaus legitimen politischen Ziele sehen. Die Ratsrechte sieht einen jährlichen Spielraum von zwischen 65 und 130 Millionen Franken für Steuersenkungen. Die Ratslinke wiederum sieht Raum für 100 Millionen zusätzliche Ausgaben fürs Personal und die CVP sieht Geld für die Krankenkassenprämienverbilligungen. Auch wir haben uns überlegt, ob wir diesen Spielraum für Steuersenkungen nutzen wollen, denn das Geld, so verstehen wir es jedenfalls, gehört nicht uns oder dem Kanton, sondern es gehört den Steuerzahlenden. Doch die Mehrheit unsere Fraktion hat sich nach reiflichen Überlegungen dagegen entschieden. Wir wollen den Spielraum für die anstehenden Aufgaben nutzen, für die uns unsere Wählerinnen und Wähler auch gewählt haben. Dazu folgende Hinweise:

Für uns Grünliberale differenziert sich der Kanton Zürich im Standortwettbewerb ganz grundsätzlich über eine optimale Ausgewogenheit zwischen einem attraktiven Steuerstandort und guten staatlichen Leistungen. Wir sind nicht der steuergünstigste Kanton, sondern wir sind gesamthaft der attraktivste Kanton. Der Kanton Zürich, und das belegt der aktuelle Zustand, steht sehr gut da. Wir verfügen über eine sehr gute und sehr hohe Lebensqualität. Wir haben eine gute Bildung, äusserst erfolgreiche Fachhochschulen, spielen auch mit der ETH forschungsmässig global in der obersten Liga mit. Unser Gesundheitssystem ist für alle auf einem

sehr guten Niveau, das Verkehrssystem ist äusserst effizient, die allgemeine Infrastruktur ist stabil und sicher. Die Kriminalität ist tief, die Lebenserwartung hoch, ebenso wie die soziale Sicherheit. Der Kanton Zürich ist ein attraktiver Standort für innovative und forschungsintensive Firmen und für die Bewohnerinnen und Bewohner.

Doch nur, weil unsere heutige Ausgangslage ausgezeichnet ist, bedeutet das nicht, dass wir auch in 20 Jahren bezüglich der Standortqualitäten global noch in der Spitzenliga mitspielen. Wir Grünliberale sehen verschiedene politische Schwerpunkte, die wir dringend angehen müssen, damit wir auch in Zukunft die gleich gute Position einnehmen können. Ganz zentral ist für uns natürlich der Klima- und Umweltschutz. Unser aller Fussabdruck ist viel zu hoch. Das sollten wir echt ernst nehmen. Wir haben kein ökologisches Guthaben für Freizeitflüge zum Beispiel nach Moskau (*geplante Reise der Geschäftsleitung des Kantonsrates*). Als Parlamentarier sollten wir mit gutem Beispiel vorangehen. Und als Kanton haben wir das Wissen und die Technik, um unseren Fussabdruck rasch und nachhaltig zu reduzieren. Dazu ein paar Beispiele: Die Elektro-Mobilität ist bereits heute Realität, die wir schnellstens nicht nur in unsere Finanzplanung, sondern auch in unserer Gesetzgebung integrieren und berücksichtigen sollten. Auch im Gebäudereich verfügt der Kanton Zürich sowohl in Bezug auf Energieeffizienz wie in Bezug auf die erneuerbaren Energien über wirtschaftliche, marktfähige Technologien. Was fehlt, sind klare und stabile gesetzliche Rahmenbedingungen, damit wir unseren Energieverbrauch senken, damit wir auch den wirtschaftlichen Nutzen für den Kanton Zürich daraus ziehen können. Wir haben leider diesbezüglich eine verlorene Legislatur hinter uns. Wir Grünliberalen fordern oder wir wollen eine griffige Umsetzung von MuKen 2 (*Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich*) sowie auch der REDEM-Initiative (*Initiative für klimafreundliche Gebäude, Vorlage 5372*). Wir Grünliberalen würden all diese Ziele am liebsten mit Lenkungsmaßnahmen finanzieren zum Beispiel über die Reduktion des Pendlerabzugs. Dafür bieten wir Ihnen Hand. Doch sollte das nicht möglich sein, wollen wir auch genügend Spielraum haben im regulären Budget, um unsere Massnahmen und unsere klimapolitischen Ziele umzusetzen.

Wichtig ist für uns Grünliberalen zudem das Thema der Chancengerechtigkeit beziehungsweise der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dieser Aspekt nimmt für uns in dieser Legislatur eine zentrale Stellung ein. Aus eigener Erfahrung weiss ich, wie stark hier der Schuh im Kanton Zürich drückt, und zwar über alle Einkommensklassen hinweg. Wir sehen in der familienergänzenden Kinderbetreuung folgendes Paradigma: Eine ausreichende Grundversorgung ist für uns wie eine Infrastruktur, die allen nützt. Auch hier sind wir vom gesellschaftlichen – Stichwort «Eigenverantwortung und Soziale Sicherheit» – Nutzen überzeugt. Wir sind aber auch vom wirtschaftlichen Nutzen überzeugt – Stichwort «Fachkräftemangel». Und auch dafür möchten wir uns den vorhandenen Spielraum im Haushalt erhalten. Wir sind überzeugt, dass sich die Investition über kurz oder lang auch zum Vorteil der Volkswirtschaft des Kantons Zürich ist.

Im Bereich der Steuerpolitik wollen wir eine stabile, kalkulierbare Fiskalpolitik; wir wollen kein Hin und Her, in einem Jahr runter, in zwei Jahren 3 Prozent hoch.

Wir wollen punktuell die Attraktivität des Kantons Zürich verbessern. Wir stehen nach wie vor hinter der zweiten Etappe der Steuervorlage 17. Und wir sind überzeugt, dass wir als Kanton den Gemeinden genügend Entlastung geboten haben, dass auch die zweite Etappe der Steuervorlage 17 für die Gemeinden finanzierbar und vertretbar ist.

In der laufenden Budgetdebatte haben wir auch Anträgen zugestimmt, die das Kostenwachstum eindämmen, wohlgemerkt, vor allem hier an die Ratslinke, wir haben nicht gespart, wir haben nur weniger mehr ausgegeben. Wir haben das getan, um uns genau diesen finanziellen Spielraum für die Aufgaben bereitzustellen, die uns politisch wichtig sind. Das können die Parteien politisch links von uns nicht behaupten. Sie hätten in einem einzigen Antrag den gesamten vorhandenen Spielraum fürs Personal ausgegeben. Das scheint uns töricht, für die SP, die ja vorgibt, eine Politik für alle machen zu wollen. Es zeigt uns, dass nicht die Partei, sondern die Gewerkschaft «Herr» im Haus ist. Auch an die Grünen sei vermerkt: Auch die Grünen können dieses Geld nicht zweimal ausgeben. Diese 100 Millionen Franken an das Personal, das hätte ganz bestimmt bei den ökologischen Massnahmen gefehlt. Hier unterschieden wir uns wesentlich von den linken Parteien. Wir übernehmen die finanzielle Verantwortung für unsere politischen Ziele, weil wir wissen, dass jeder Franken nur einmal ausgegeben werden kann.

Auf der anderen politischen Seite steht – ich habe es ausgeführt – der Wunsch nach Steuersenkung. Die Mehrheit, sie haben es vorhin gesehen, der grünliberalen Fraktion ist klar der Ansicht, dass wir mit dieser Steuersenkung die Erfüllung der wichtigen anstehenden Aufgaben in den kommenden Jahren gefährden. Das wollen wir nicht. Unsere Prioritäten liegen klar im Klima- und Umweltschutz, in einer zeitgemässen Gesellschaftspolitik sowie in der punktuellen Verbesserung des Steuersystems. Unter diesen Gesichtspunkten hat sich die grünliberale Fraktion entschieden, dem Budgetvoranschlag und dem KEF zuzustimmen. Besten Dank.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Die, die sich unterhalten wollen, können das gerne tun vor der Tür. Da steht Ihnen gar nichts im Weg. (*Der Lärmpegel im Ratssaal ist hoch.*)

Das Budget und der KEF 2020 lösen bei uns keine Begeisterungstürme aus. Da der Steuerfuss trotz allerlei Drohgebärden bei 100 Prozent bleibt, können wir – und das fällt mir jetzt ein wenig schwer, dass ich in meinem hohen Alter das noch sagen muss – werden wir dem Budget zustimmen. Ich weiss nicht, wann ich das zum letzten Mal gesagt habe, doch es ist schon lange her.

Wir Grüne haben uns in diesem Budgetprozess vor allem auf die Zukunft fokussiert, das heisst, die längerfristig angelegten KEF-Erklärungen sind für uns wichtig. Mit unseren KEF-Erklärungen beispielsweise gegen Pestizide in Gewässern, für die Gewässerrevitalisierung, dann natürlich vor allem für die Senkung des CO₂-Ausstosses pro Kopf und mit unseren bereits früher eingereichten sehr zahlreichen Vorstössen und parlamentarischen Initiativen zeigen wir, wohin die Reise in der Zukunft gehen soll. Wir stehen für eine konsequente Politik, für eine öko-

logische Wende und gegen den Klimawandel. Und im Gegensatz zu anderen Parteien wie die GLP sind wir auch bereit, die Kosten zu zahlen und denken nicht im Entferntesten an eine Steuersenkung.

Wir stehen unbestrittenermassen vor sehr grossen Herausforderungen, die wir nur gemeinsam lösen können. Mit der mehrheitlichen Zustimmung zu unseren KEF-Erklärungen erwarten wir, dass jetzt auch die Regierung aktiv wird und uns nicht wieder wortreich mit nichtssagenden und rückständigen Argumenten erklärt, warum man eine KEF-Erklärung mit ökologischen Zielen eben nicht umsetzen kann oder wenn nicht heute, dann vielleicht überhaupt nie, wie wir das gewohnt sind. Wandel ist möglich. Das hat die Digitalisierung unserer Gesellschaft bewiesen. Wer nicht mitmacht, wird abgehängt und fällt aus dem Arbeitsmarkt. Nicht alle schaffen diesem Wandel, der in hohem Tempo abläuft. Für diese, die es nicht schaffen, braucht es besondere Massnahmen zum Beispiel zur Weiterbildung und ein sinnvolles soziales Netz, das nicht dauernd hinterfragt und neidvoll gekürzt wird.

Jetzt aber stehen wir vor einer noch ungleich grösseren Herausforderung. Die Klimafrage hinterfragt alles, auch das heutige grenzenlose Wachstumsmodell unserer Gesellschaft. Wachstum wird es immer geben und Wachstum muss es auch immer geben, aber zukünftiges wirtschaftliches Wachstum muss nachhaltig sein und ohne negative Auswirkungen für die Umwelt. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen Innovationen gefördert werden und es müssen die richtigen Anreize gesetzt werden. Mit der finanziellen Belastung von schmutziger CO₂-Technologie verhelfen wir sauberen Lösungen zum Durchbruch. Landauf, landab haben das viele Unternehmen schon bemerkt. Sie nutzen die Resultate der Forschung und stehen im Austausch mit unseren Bildungs- und Forschungsinstituten. Fortschrittliche und verantwortungsvolle Unternehmerinnen und Unternehmern haben erkannt, dass man auf nachhaltiges Wachstum setzen muss, um zu überleben. Mit dem Kopf im Sand, wie es uns vis-à-vis sehr oft vorgemacht wird, da droht nur der Untergang und nachher die Reparatur, der Versuch dazu. Wie die Bürgerlichen im Einklang mit den Grünliberalen in diesem Kontext dazu kommen, unsere Bildungsanstalten mit Sparaufträgen zu beschäftigen und zu schädigen, bleibt schleierhaft. Der 10-Millionen-Kürzungsantrag an der Universität, egal unter welchem Titel, ist einfach nur falsch. Und liebe FDP: Bei den nationalen Wahlen sind sie auf den kantonalen Platz 5 verwiesen worden. Bei der gestrigen Bildungsdebatte haben sie tapfer und ausdauernd für den Platz 7 gekämpft. Gut, die CO₂-Debatte hat wieder ein Plätzchen gutgemacht, aber es reicht auf jeden Fall nicht. Und Frau Frey: Ich kann Ihnen sagen, die Wahlergebnisse, da geht unsere Rechnung sehr gut auf, sehr sehr gut. Da müssen Sie keine Angst haben. In den Zeiten des gesellschaftlichen Wandels braucht es nicht weniger Bildung und Forschung, sondern eben mehr. Das muss man den Freisinnigen sagen. Ein Beispiel: Das Pariser Abkommen verlangt nicht nur eine Reduktion des CO₂-Ausstosses, es soll auch bereits emittiertes CO₂ aus der Atmosphäre abgebaut werden. Unsere Universität, die ETH und die ZHAW (*Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften*), alle forschen gemeinsam an dieser Frage. Zu sehen war das an der Scientifica (*Zürcher Wirtschaftstage*). Wo waren Sie? Da müssen Sie hingehen, das müssen

Sie sich anschauen, dann wissen Sie auch, warum wir nicht genug Geld ausgeben können für die Bildungsinstitute. Diese Investition, die lohnt sich eben. Das müssen wir uns leisten.

Bei diesem Budget kam sehr klar zum Ausdruck, dass die Finanzpolitik in unseren Sitzungen während des Jahres geprägt wird und nicht eben erst jetzt im Finale im Dezember. Der grösste Teil der Finanzen ist gebunden oder es liegt ein Auftrag des Parlamentes vor. Wenn man ein Milliardenloch am Rosengarten bestellt, oder wenn der Freisinn sich einen Innovationspark auf Staatskosten schenken will, dann hat das eben Auswirkungen auf das Budget und den Steuerfuss. Der billige Versuch, dann auf Kosten der Bedürftigeren wieder zu sparen wie zum Beispiel bei der Prämienverbilligung, ist nicht der richtige Weg. Wir werden diesen nie beschreiten. Die richtige Antwort auf die Frage der Verteilung hält den Staat zusammen. Spaltungstendenzen wie zum Beispiel zurzeit auch in Grossbritannien sichtbar sind, kann nicht unser Weg sein. Liberale Politik heisst eben nicht einfach sparen, auch der Schutz der Schwächeren gehört dazu, denn es ist ein Erfolgsmerkmal unseres Staatswesens, dass wir einerseits alle massgeblichen politischen Kräfte in die Verantwortung einbinden, andererseits auch Lösungen suchen, die dem Gemeinwohl dienen und nicht nur einzelnen Gruppen.

Ich danke allen, die sich mit diesem Budget beschäftigt haben. Wir stimmen ihm zu. Dankeschön.

Yvonne Bürgin (CVP, Rüti): Die CVP irrlichtet überhaupt nicht, liebe FDP, sondern wir verfolgen seit Jahren, seit Jahren dasselbe Ziel: Einnahmen und Ausgaben müssen im Einklang stehen, damit unser Finanzhaushalt gesund bleibt. Es ist uns wichtig, dass der Kanton Zürich auf stabilen Füßen steht, weil dies ein wichtiger Standortfaktor darstellt. Daher stehen Budgetdisziplin und ein haushälterischer Umgang mit Steuergeldern immer auf der Tagesordnung.

Wir haben einmal mehr den Rotstift vor allem bei der Entwicklung des Personalbestands angelegt und bei den Lohnerhöhungen, zusätzlich müssen wir weiterhin unser Augenmerk auf das Mengenwachstum im Gesundheitsbereich legen, denn hier besteht ganz besonders Handlungsbedarf.

Finanzdirektor Ernst Stocker hat aus unserer Sicht jedoch ein CVP-taugliches Budget vorgelegt, ein Budget mit einem leichten Plus, welches durch die Finanzkommission zusätzlich verbessert worden ist. Wir hatten uns also auf eine rekordverdächtig kurze Budgetdebatte eingestellt. Doch leider ist das Gegenteil passiert: Es war eine rekordverdächtig lange Budgetdebatte. Wir haben es tatsächlich fertiggebracht, rund 30 Stunden über dem Budget und dem KEF zu brüten. Unser Ziel, mit dem Zusammenlegen von Budget- und KEF-Debatte Zeit zu sparen, haben wir auch beim dritten Anlauf nicht geschafft. Einmal mehr wurde die KEF-Debatte mehrfach dazu missbraucht, Sachpolitik zu betreiben. Wann gelingt es diesem Parlament endlich, sich bei der Budget- und KEF-Debatte tatsächlich auf Finanzpolitik zu konzentrieren? Wir hätten uns mehrere Sitzungen ersparen können und somit beim Kantonshaushalt weit über 100'000 Franken einsparen können. Ich erinnere Sie gerne jedes Jahr daran, dass uns eine einzige Budgetsitzung

40'000 Franken kostet – und da sind die Löhne vom Parlamentsdienst oder Weibel noch nicht eingerechnet.

Ebenso ist vielen Parlamentariern nicht bewusst – und es wurde heute des Öfteren erwähnt –, das Budget ist unter anderem immer das Resultat unserer Arbeit. Jeder Vorstoss, jede Gesetzesänderung hat Einfluss auf die Finanzen, leider in der Tendenz immer zu mehr Ausgaben anstatt zu weniger. Jeder Wunsch hat seinen Preis. Wenn wir Vorstösse einreichen oder Gesetzesanpassungen verlangen, müssen wir uns anschliessend nicht über die Kosten stören, welche uns die Regierung mit dem Budget präsentiert. Ich gebe zu, auch die CVP hat Wünsche: Wie Ihnen allen bestens bekannt ist, fordern wir mit einer Initiative einen 100 Prozent-Anteil bei der individuellen Krankenkassenprämienverbilligung und haben daher auch die entsprechende KEF Erklärung unterstützt. Wir wissen, dass dies den Kanton eine Stange Geld kosten wird. Unser Fokus liegt nun mal auf Familien und in bescheidenen Verhältnissen lebenden Menschen. Die Debatte zur IPV möchte ich hier nicht wiederholen, aber wir sind hier vor allem enttäuscht über diejenigen Parteien, welche mitgeholfen haben, Geld aus dem Budget zu streichen bei der Krankenkassenprämienverbilligung im Wissen darum, dass es mit ziemlich grosser Sicherheit zu einem Nachtragskredit führen wird. Das ist aus unserer Sicht Budgetkosmetik, aber keine Finanzpolitik.

Auch der Budget-Antrag im AFI (*Amt für Informatik*) gehört in die Kategorie absoluter Leerlauf. Wir sparen keinen Franken, sondern verschieben hauptsächlich von einem Kässeli ins andere. Mit solchen Anträgen erreichen wir nichts, aber auch gar nichts.

Genauso unverständlich waren die überdurchschnittlich vielen unnötigen KEF-Anträge, wie zum Beispiel diejenigen von Seiten SP, welche Geld einstellen wollte für noch nicht umgesetzte Vorstösse oder Gesetzesanpassungen oder all die KEF-Anträge, welche neue Leistungs- oder Wirkungsindikatoren forderten. Hier hat uns die FDP überrascht, die mit neuen Wirkungsindikatoren vor allem zusätzlichen Verwaltungsaufwand ausgelöst hätte, also genau das Gegenteil vom sonstigen immer laut geforderten Bürokratieabbau von ihrer Seite.

Trotz dieser Mammut-Debatte konnte das Budget nur gerade mal um 65 Millionen Franken verbessert werden. Dieses kleine finanzielle Polster wollten wir nicht mit einer Steuersenkung gleich wieder zunichtemachen. Ich gebe zu: Die teilweise basarartigen Verhandlungen im diesjährigen Budgetprozess haben uns irritiert; das war nicht gerade vertrauenswürdig, denn auch wir wehren uns seit Jahren gegen zu viel «Luft» in den Budgets. Bei allem Verständnis dafür, dass jede Direktion natürlich einen gewissen finanziellen Spielraum braucht im Hinblick auf die bevorstehenden Herausforderungen. Zum Beispiel die Umsetzung der Steuervorlage, der Soziallastenausgleich, die PI Brunner – wie haben es schon mehrfach gehört –, um nur einige zu nennen und natürlich die vielen anstehenden Investitionen. Das alles kostet Geld. Deshalb hätten wir uns eine Steuersenkung zum jetzigen Zeitpunkt schlicht nicht leisten können. Dieser Entscheid ist der CVP wahrhaftig nicht einfach gefallen, und wir mussten dafür viel Kritik einstecken von der rechten Seite. Wir haben aber auch Lob erhalten von der linken Seite. Das gehört nun mal zum Schicksal eines Mittelpolitikers. Damit können wir sehr gut leben,

denn ein gesunder Finanzhaushalt kommt für uns an erster Stelle und nicht unser Rang auf der Beliebtheitsskala. Aber die steigende Verschuldung von fünf auf acht Milliarden Franken ist besorgniserregend, ebenso lässt der Ausblick auf die finanzielle Entwicklung nichts Gutes erahnen. Wir wollen ein solides Budget, einen ausgeglichenen mittelfristigen Ausgleich und einen stabilen Steuerfuss. Was wir auf keinen Fall wollen, ist ein neues Sparpaket. Lü16 steckt noch zu tief in den Knochen; es war viel Aufwand und wenig Ertrag.

Wir sehen aber Spielraum für Steuersenkungen und zwar bei den Städten und Gemeinden. Ich hoffe, alle Gemeindevertreterinnen und -vertreter hier drin hören nun gut zu und schreiben sich das dick hinter die Ohren: Mit all den Geschenken, die der Kanton den Städten und Gemeinden gemacht hat oder noch machen wird, wenn sie dann mal alle in Kraft sind, steigen der Druck und die Erwartung vor allem auf Sie. Viele Gemeinden haben dieses Jahr ihre Steuerfüsse beibehalten, einige haben sie bereits gesenkt, andere erhöht. Es gibt also noch ziemlich viel Potenzial. Die CVP steht auch ganz klar hinter dem zweiten Schritt der Steuerreform. Das letzte Wort ist hier noch lange nicht gesprochen.

Ich aber spreche nun das letzte Wort zum Budget: Mit einem Plus von rund 60 Millionen Franken, einem gleichbleibenden Steuerfuss von 100 Prozent entspricht das Budget unseren Zielsetzungen und unseren Erwartungen. Es ist ein solides Budget mit finanziellem Spielraum für künftige Herausforderungen. Die CVP stimmt dem Budget 2020 zu.

Walter Meier (EVP, Uster): Maurice Stans (US-amerikanischer Politiker) hat einmal gesagt, ich zitiere: «Die Aufstellung eines Budgets ist die Kunst, Enttäuschungen gleichmässig zu verteilen.» (Heiterkeit)

Die Budget-Anträge und die KEF-Erklärungen sind durchberaten, die längste Budget-Beratung der Schweiz neigt sich dem Ende zu. Wir haben wieder einmal viele Stunden mit kurzen und endlosen epischen Debatten «verbraten», und immer wieder Enttäuschungen verteilt, an die Regierung und an die Fraktionen. Wir hatten wie jedes Jahr wieder eine Flughafendiskussion, ein Ringen um die Verbilligung der Krankenkassenprämien, endlose Debatten um die Bildung, sprich um das Volksschulamt, die Universität, die ZHdK (*Zürcher Hochschule der Künste*) und so weiter. Gerade angenehm war die etwas kürzere Debatte um die Gerichte, und für einmal blieben die Spitäler verschont. Die Lohndebatte in der Leistungsgruppe 4950 war schlicht peinlich.

Was bleibt? Rund 20 Budget-Änderungen mit einem Betrag, der im Unschärfebereich des ganzen Budgets liegt. Das Abstimmungsverhalten war selten so unterschiedlich wie in diesem Jahr. Es ergaben sich ganz interessante Koalitionen; das müsste man auch unter dem Jahr einmal ausprobieren. Die Begründungen für Kürzungen waren manchmal etwas seltsam respektive an den Haaren herbeigezogen. Man musste einfach einen Grund für Kürzungen finden. Ehrlicher wäre gewesen, zu sagen, dass man mit einer Regierungsrätin oder einem Regierungsrat unzufrieden ist und deshalb kürzt.

Wegen aller gewonnenen Abstimmungen und trotz aller Niederlagen stimmen wir dem Budget zu.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Was bleibt nach diesen vier Tagen? Es bleiben ein paar Erinnerungen auf jeden Fall zum Beispiel, dass die SVP wie letztes Jahr gnadenlos auf der Justizdirektorin rumwäscht und schlussendlich den Gemeinden das Budget kürzt. Ich glaube, die SVP ist in den Gemeinden stark vertreten; sie schneiden sich ins eigene Fleisch, Hauptsache, der Justizdirektorin (*Regierungsrätin Jacqueline Fehr*) kann man eines auswischen. Ein anderes «Highlight» ist das Verhalten der FDP in der Bildungspolitik: Man müsste schon fast sagen, die FDP war frei von Sinnen in dieser Bildungspolitik. Ich möchte Sie einfach daran erinnern, wir haben in der Schweiz ein hervorragendes Bildungssystem, und dieses Bildungssystem ist ein Werk des Freisinns, des Freisinns aber aus dem 19. Jahrhundert. Dort haben Sie die Wiege für diesen modernen Bundesstaat gelegt für eine Volksschule, die kostenfrei ist. Dann hat man in der Bildungseuphorie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert, so ab 1970, Mittelschulen gebaut, überall die Universitäten ausgebaut et cetera. Der Grundstein hat der Freisinn gelegt, dass wir eben dieses hervorragende Bildungssystem haben. Und jetzt haben Sie unter der Führung eines Politikers, der auch den Namen «bürgerlich» in seinem Namen hat (*gemeint ist Marc Bourgois*), haben Sie gespart, kleinkariert überall abgebaut. Ich glaube, Sie sollten ein bisschen zu den Wurzeln zurückkehren, wenn Sie den Platz 5 endlich abgeben wollen und vielleicht zu höherem Wein kommen wollen. Dann noch zur GLP; es war wie gehabt: Politisch rechtsfreisinnig, ökologisch aufgeschlossen. Ich glaube, es gibt trotzdem eine gewisse Bewegung, weil wir in Sache ausserfamiliären Betreuung mit der GLP zu einer Mehrheit kommen könnten. Es wäre schön, wenn Sie auch finanzpolitisch den Menschen vielleicht ein bisschen mehr als die Zahlen in den Mittelpunkt stellen könnten.

Wir haben jetzt eine Budgetverschlechterung, für Sie ist es eine Budgetverbesserung von 60 Millionen Franken, die Sie in diesen Debatten erreicht haben. Es wurde gespart bei Sachen, die für uns wichtig sind: bei der Bildung, bei der Integration. Deshalb ist es für uns eine Verschlechterung des Budgets. Es ist aber auch so, dass wir wegen 60 Millionen Franken weder das Budget ablehnen noch zustimmen können. Ich glaube, es braucht ein bisschen eine Gesamtsicht, wo der Kanton Zürich steht. Das Budget ist ja die politische Leitlinie, wo wir Schwerpunkte setzen in diesem Kanton, wo wir Geld ausgeben und was uns wichtig ist. Wir sind nach wie vor der Wirtschaftskanton, der Wirtschaftsmotor der Schweiz. Was Zürich macht, ist eben auch wichtig und entscheidend. Dann muss ich feststellen, viele Leute leiden unter diesen Krankenkassenprämien; das ist etwas, das die Leute bedrückt. Das ist nicht irgendeine Peanuts-Geschichte. Man gibt fürs Essen heute viel weniger Geld aus als für Krankenkassenprämien. Das ist merkwürdig, aber es ist eine Realität. Das ist das, was das Budget von Familien belastet. Und der Kanton schöpft immer noch erst nur 92 Prozent aus; er könnte 100 Prozent ausschöpfen. Also, da schlagen wir eine falsche Richtung ein. Dasselbe ist bei der ausserfamiliären Betreuung. Herr Schmid (*Claudio Schmid, der vis-à-vis des Votanten sitzt*), haben Sie Probleme? Sagen Sie es, so können wir Ihnen vielleicht helfen. Sagen Sie es doch, wenn ich ruhig bin und nicht, wenn ich rede. Gut, danke.

Also: Dasselbe bei der ausserfamiliären Betreuung. Wenn Sie Vereinbarkeit von Beruf und Familie machen wollen, dann müssen Sie hier vorwärtsmachen. Es fehlt vor allem in den Gemeinden eine Finanzierung, dass es für alle erschwinglich ist. Es fehlt aber auch das Angebot. Hier muss der Kanton eingreifen. Dasselbe ist es bei den Tagesschulen. Auch hier besteht ein Mangel. Und hier braucht es eine Finanzierung über den Kanton. Dann haben wir ein Problem bei der Integration: Der Kanton muss bei der Integration Verantwortung übernehmen; er muss die Gemeinden in die Pflicht nehmen. Er könnte das. Das heisst aber auch, dass er bezahlen müsste, dass es Geld kostet. Hier hat der Kanton ein Potenzial nach oben, ein Potenzial, das er nicht ausnützt. Bei der Bildung haben wir die frühkindliche Förderung; sie ist enorm wichtig. Ich gebe nicht so viel auf die Pisa-Studie (*internationale Schulleistungsuntersuchung*), aber eines ist aus dieser Pisa-Studie klar: Wenn Sie die Sprache fördern wollen – vor allem von Leuten mit Migrationshintergrund –, dann brauchen Sie eine frühkindliche Förderung. Hier haben wir ein enormes Loch im Kanton Zürich. Das kostet Geld. Das ist ein Loch, das wir stopfen müssen. Hier hätten wir eine politische Aufgabe zu machen.

Dann haben wir diesen ökologischen Umbau, den wir begonnen haben mit zaghaften Methoden und Massnahmen. Es kann ja nicht der Fall sein, dass wir beim Einfamilienhaus die Ölheizungen ersetzen und sagen, wir machen jetzt ökologischen Umbau. Das kostet mehr. Auch hier haben wir ein extremes Potenzial nach oben, das wir ausnützen können.

Schlussendlich der Umgang mit dem Personal. Wir haben es mehrfach gehört: Auch hier sind wir natürlich extrem knausrig; das muss ich nochmals sagen. Das sind alles Punkte, die wir verbessern könnten. Doch dann sagen Sie, wir haben kein Geld, wir haben knapp ein ausgeglichenes Budget. Wir müssen einfach noch ein bisschen die Gesamtschau haben. In den letzten 25 Jahren ist die Steuerbelastung um ein Viertel gesunken. Man hat 1 Milliarden Franken weniger Steuern von den Leuten erhoben. Also, wir haben die Leute extrem entlastet. Also, das ist eben auch eine Realität. Trotzdem haben wir viele Ausgaben, viele Highlights, die wir machen müssen, die uns wichtig wären, für eine Politik, die für Gleichberechtigung eintritt, für eine Politik, die für einen sozialen Ausgleich eintritt. Nur so kann eben auch verhindert werden, dass eine Gesellschaft auseinandertrifft. All das leistet dieses Budget eben nicht. Es geht hier nicht um die 50 Millionen Franken, es geht um die Schwerpunkte, die fehlen in diesem Budget. Wenn wir das gesamthaft betrachten, dann sehen wir, dass dieses Budget nicht unseren politischen Zielen entspricht und deshalb wird die Alternative Liste dieses Budget ablehnen.

Ratspräsident Dieter Kläy: Wer das Budget des Kantons Zürich für das Jahr 2020 gemäss Ziffer 1 des Dispositivs mit einem Ertragsüberschuss von 60'955'758 Millionen Franken in der Erfolgsrechnung und mit den Investitionsausgaben von 1,431 Milliarden Franken in der Investitionsrechnung genehmigen will, drücke die Ja-Taste. Wer das Budget für das Jahr 2020 ablehnen will, drücke die Nein-Taste und wer sich der Stimme enthalten will, drücke die entsprechende Taste.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt dem Budget 2020 mit 125 : 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Ratspräsident Dieter Kläy: Wir kommen noch zur Kenntnisnahme des KEF 2020 bis 2023. Sie haben den konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2020 bis 2023 zur Kenntnis genommen. Von den 61 KEF-Erklärungen haben wir 18 überwiesen. Das sind die KEF-Erklärungen Nummer 17, 21, 22, 23, 24, 27, 29, 31, 40, 41, 44, 45, 47, 49, 50, 51, 52 und 56. Nicht überwiesen haben Sie 40 KEF-Erklärungen und zurückgezogen worden sind drei KEF-Erklärungen.

Das Geschäft erledigt.

Regierungspräsidentin Carmen Walker Späh: Man kann sagen: Es ist vollbracht. Ja, entschuldigen Sie, dass ich so vor Weihnachten dieses biblische Zitat wähle, dies nach einer intensiven Budget-Debatte, die jetzt weggeht, die jetzt ausgeht und die die Feiertage quasi einläutet. Aber, keine Angst, ich verwechsle meinen Platz nicht mit einer Kanzel. Ich erspare Ihnen selbstverständlich eine Predigt. Das können andere viel, viel besser.

Sie haben in dieser langen Debatte – ich habe gehört, es ist die längste in der Schweiz – über den zweitgrössten Haushalt der Schweiz befunden. Und Sie haben diskutiert und Sie haben gestritten. Sie haben auch gelacht. Das habe ich auch bemerkt. Und Sie sind vielleicht manchmal sogar ein wenig über die Parteilinie hinausgegangen zugunsten eines mehrheitsfähigen Beschlusses. Ich denke, das ist gut so; das ist gut für die Schweiz und das ist auch gut für den Kanton Zürich. Wenn wir eben ringen, wenn wir kämpfen, wenn wir uns so engagieren, wenn wir nach Kompromissen suchen und uns dann meistens – das ist mindestens mein Eindruck – auch finden. Dazu braucht es manchmal auch Mut, einen Entscheid zu fällen ins Ungewisse, weil wir wissen eben nicht alles, wenn wir es entscheiden, wie es dann tatsächlich herauskommt in der Zukunft, so wie wir es Schweizerinnen und Schweizer und Zürcherinnen und Zürcher doch gerne hätten.

Dann ist auch noch die Zukunft, die natürlich naturgemäss mit Unsicherheiten behaftet ist. Der Finanzdirektor hat es gesagt am Anfang der Debatte und jetzt wieder beim Steuerfuss: Die Aussichten für die nächsten Jahre sind nicht mehr so ganz rosig, umso mehr ist es wichtig, dass Sie verantwortungsvoll mit den Finanzen umgehen. Und ich glaube, Sie haben mit diesem Beschluss eine gute Grundlage für die Bevölkerung im Kanton Zürich, für den Handel, aber auch die Regierung und unsere Verwaltung gesetzt. Sie haben im tiefen Promille-Bereich verändert. Wir werten das auch als grosses Vertrauen in die Arbeit der Regierung.

Ich danke herzlich dem Ratspräsidium für die umsichtige Sitzungsleitung in diesem anspruchsvollen Geschäft, ich danke herzlich auch den Parlamentsdiensten für die administrative Begleitung, aber auch für die kulinarische Begleitung. Und ich danke Ihnen vor allem für die fulminante Debatte und auch den neuen Ratsmitgliedern, Sie haben das jetzt zum ersten Mal bestanden; Sie haben Ihre erste Monsterdebatte bewältigt. Und ich danke natürlich auch dem Finanzdirektor, dir lieber Ernst. Wir wissen ja, er hat als Amtsältester schon naturgemäss ein hohes

Stehvermögen, aber jetzt hat er auch noch ein starkes Sitzpolster. Das hast du bewiesen.

Ich wünsche Ihnen nun wunderschöne Weihnachtstage, aber keine Angst, ich frage Sie jetzt nicht, wer über Weinachten/Neujahr mit dem Flugzeug verreist. Ich frage Sie auch überhaupt nicht, wer ein Fondue Chinoise essen wird oder wer einen Christbaum aus Dänemark hat in der schönen Stube. Ich habe nämlich in der Sonntagszeitung gelesen vorgestern, dass zwei Drittel aller in der Schweiz verkaufter Bäume tatsächlich importiert sind. Was mich aber noch mehr überrascht hat, war, dass der Plastikbaum aus China mit 2700 Umweltbelastungspunkten gleich gut abgeschnitten hat wie eine einheimische Tanne. Aber, man muss ihn mindestens vier Jahre nutzen. Also, zum Glück ist das Leben nicht so streng mit uns, wie wir es vielleicht in den Debatten sind mit uns hier drinnen. Darum, im Namen der ganzen Züricher Regierung wünsche ich Ihnen nun von Herzen frohe Weihnachtstage, tragen Sie Sorge zu sich selber, Ihrer Familien, vor allem Ihren Freunden und starten Sie doch ausgeruht, frisch und munter und mit viel Energie dann ins neue Jahr. Wir, die Regierung, wir freuen uns auf die Debatten in 2020. Herzlichen Dank. (*Applaus*)

Ratspräsident Dieter Kläy: Ich schliesse mich dem Dank herzlich an: Herzlichen Dank an den Regierungsrat, an den ganzen Kantonsrat für die konstruktive Beratung, ein grosser Dank geht an die Parlamentsdienste insbesondere an Michael Weber (*Sekretär der Finanzkommission*). Ich wünsche Ihnen frohe Festtage und en guetä Rutsch.